

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 2,60 M.,
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pf. Postzeitung und
72 Pf. Postbeleggebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucksachen-
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“. Ferner „Frauenstimme“,
„Lehmit“, „Bild in die Böhmerwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. D. B. u. D. C. Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Dienstag
24. März 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Konkrete Beilage 80 Pf.
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.,
täglich zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt lt. Tarif.
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochen-
täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wahlprüfung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Um die Zollunion.

Zur Einigkeit Europas — oder zur Uneinigkeit?

Wenn die geplante Zollunion zwischen Deutsch-
land und Oesterreich den Anfang der Vereinigten
Staaten von Europa bedeutet, so wird der künftige Geschichts-
schreiber zu melden haben, daß die Vereinigung Europas mit
einem schönen Krach begonnen hat. Mit lauteſter Stimme
wird in Prag, mit lauter in Paris und mit halblauter in Rom
erklärt, daß die Zollunion mit den bestehenden Verträgen
nicht vereinbar sei. Die Nationalistenpresse von drüben hegt
gegen den angeblich beabsichtigten Vertragsbruch, die Natio-
nalistenpresse von hien hier schimpft über unerhörte Einmischung.
So, armes Europa, beginnt deine Einigung!

Wäre die Welt von lauter vernünftigen Menschen be-
wohnt, so müßte der Entschluß zweier Staaten die sie trennen-
den Zollgrenzen niederzulegen, mit allgemeinem Beifall be-
grüßt werden. Niemand kann bestreiten, daß östlich und
südöstlich der deutschen Reichsgrenze ein zollpolitischer Zustand
beginnt, der absolut irrsinnig ist. Die sogenannte „Balkanisi-
erung“ Ost- und Südosteuropas, die Zertrümmerung der ge-
schlossenen Wirtschaftsgebiete und ihre Ersetzung durch ein
buntes Gemisch von mittleren und kleinen Staaten als selbst-
ständigen Zollgebieten muß überwunden werden. Soll da
nicht ein jeder froh sein, daß damit endlich einmal irgendwo
ein Anfang gemacht werden soll?

Leider ist aber die Politik noch sehr weit davon entfernt,
von den Grundfragen der lauterer Vernunft bestimmt zu wer-
den. Angst vor dem Unbekannten, Gefühle der Risikolast,
machtpolitische Erwägungen aller Art lenken ihre Sinne von
der Richtung der Vernunft weit ab. Jeder Politiker muß mit
solchen Faktoren rechnen. Und so kann man sich nicht dar-
über wundern, daß die etwas plötzliche Ankündigung der
deutsch-österreichischen Zollunion an manchen Stellen mit sehr
gemischten Gefühlen aufgenommen worden ist.

In der tschechoslowakischen Republik kann man sich nicht
leicht mit dem Gedanken abfinden, künftig auf drei Seiten
von einer Zollunion umschlossen zu sein. Man fürchtet, da-
durch in eine Lage zu geraten, die die wirtschaftspolitische
Entscheidungsfreiheit des eigenen Landes sehr wesentlich beein-
trächtigt. In Frankreich sehen aber manche schon wieder das
Gespenst eines Mitteleuropas auftauchen, das von
Deutschland wirtschaftlich und schließlich auch politisch be-
herrscht wird.

Indes würde man sich täuschen, wenn man glauben
würde, daß sich die entstandene Unruhe auf die beiden ge-
nannten Länder beschränkt. Auch in verschiedenen Staaten,
die während des Krieges neutral waren und mit denen uns
sehr lebhaftige Wirtschaftsbeziehungen verbinden, sieht man den
Auswirkungen der geplanten Zollunion mit lebhafter Sorge
entgegen.

Nicht genug damit, auch in London ist man über die
deutschen Ueberraschungsmethoden sichtlich beunruhigt und
verärgert.

Solche Sorgen und Beunruhigungen sind die politische
Wurzel des juristischen Streites darüber, ob die geplante
Zollunion mit den bestehenden Verträgen vereinbar
ist oder nicht. Uns scheint es dabei sehr von Nutzen, wenn
man sich haarpaltrisch auf Verträge beruft, die erstens auf
den gegebenen Fall nicht zutreffen und die zweitens gegen
den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts verstößen, weil
sie einen Staat gegen seinen Willen zwingen, „selbständig“
zu sein.

Das Wichtigste ist nicht der juristische Streit, sondern es
sind die politischen Beweggründe, die hinter ihm stehen.
Darum kommt es auch für Deutschland und Oesterreich
weniger auf den Beweis ihres juristischen Rechtes an als
darauf, das übrige Europa davon zu überzeugen, daß die
Zollunion keinem etwas zusehe tut und keinen in Gefahr
bringt. Ganz besonders ist es notwendig, darüber mit
Frankreich ins Reine zu kommen, denn — ob es einem
lieb oder leid ist — solange nicht Deutschland und
Frankreich in allen großen politischen Fragen miteinander
gehen, bleibt alles Gerede von der Einigung Europas ein
frommer Betrug.

Ein Janz zwischen Frankreich und Deutschland wäre also
für die Schaffung von Paneuropa die aller schlechteste Ein-
leitung.

Die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich ist
ein Fortschritt. In Frankreich sollte man darüber nachdenken,
nicht wie er verhindert, sondern wie er zu den Zielen, die
Briand gezeigt hat, fortgesetzt werden kann. Die wirtschafts-
politische Zerrissenheit Europas zu überwinden, ist aller Be-
teiligten, besonders aber Frankreichs und Deutschlands ge-
meinsame Aufgabe.

Sozialdemokraten Berlins!

Am Donnerstag, dem 26. März, wird unser Führer Hermann Müller im Krematorium Gericht-
straße eingäschert. Wir rufen alle unsere Genossinnen und Genossen auf, sich zu Ehren des Verstorbenen an
dem Trauerzug zu beteiligen. Den politischen Begnern der Sozialdemokratie soll gezeigt werden, daß die
proletarischen Massen Berlins in Dankbarkeit und Treue ihres Führers gedenken.

Sammelplätze der Kreise

Antreten: 16.45 Uhr — Abmarsch: 17.15 Uhr

- Kreis 1—4: Charlottenstraße zwischen Koch- und Lindenstraße; Spitze Lindenstraße.
- Kreis 5—8: Markgrafenstraße zwischen Koch- und Lindenstraße; Spitze Lindenstraße.
- Kreis 9—12: Neuenburger Straße; Spitze Lindenstraße.
- Kreis 13—17: Lindenstraße zwischen Ritter- u. Hollmannstraße; Spitze Hollmannstraße.
- Kreis 18—20: Hollmannstraße; Spitze Lindenstraße.

Der Trauerzug nimmt den Weg durch folgende Straßen:

Lindenstraße, Belle-Alliance-Platz, Wilhelmstraße, Unter den Linden, Brandenburger Tor, Friedens-
allee, Platz der Republik, Hinderlinstraße, Reichstagsufer, Kronprinzen-Brücke, Prinz-Friedrich-
Karl-Ufer, Alexanderufer, Scharnhorststraße, Kieler Straße, Am Nordhafen, Tegeler Straße,
Triftstraße, Courbièreplatz, Gerichtstraße.

Die einzelnen Züge lösen sich auf wie folgt:

- I. (Kreis 1—4): Abmarsch durch Ruheplatzstraße, Leopoldplatz, dort Auflösung.
- II. (Kreis 5—8): Abmarsch durch Gerichtstraße, Rettelbedplatz, Pantstraße, Auflösung Pant-
Ecke Wiesenstraße.
- III. (Kreis 9—12): Abmarsch durch Gerichtstraße, Rettelbedplatz, Gerichtstraße, Leuzenerplatz,
dort Auflösung.
- IV. (Kreis 13—17): Marsch durch Ruheplatzstraße zum Leopoldplatz, dort Auflösung.
- V. (Kreis 18—20): Abmarsch durch Gerichtstraße, Pantstraße, Auflösung Wiesen- Ecke Pantstraße.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften beteiligen sich ebenfalls an dem Trauerzug.

Bezirksverband Berlin der SPD.
Ortskartell des AfA-Bundes

Ortsausschuß des AOBV. Berlin
Ortskartell des AOB.

Für den Wirtschaftsanschluß!

Die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 23. März. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat
Montagabend über die Frage der Zollgemeinschaft mit
Deutschland eine ausführliche Debatte geführt und eine Ent-
scheidung gefaßt, in der erklärt wird, daß die österreichische Sozial-
demokratie vom Tage des Entstehens der Republik an die Ueber-
zeugung verfolgte hat, daß Deutschösterreich auf sich selbst bestehend
kein lebensfähiges wirtschaftliches Gefüge ist. Die Erfahrungen von zwölf Jahren haben diese Ueberzeugung be-
kräftigt. Die Arbeitslosigkeit, die in der Struktur Oesterreichs be-
gründet ist, kann nicht anders überwunden werden als durch die
Eingliederung Deutschösterreichs in ein größeres Wirtschaftsgebiet.
Aus diesem Grunde war die österreichische Sozialdemokratie die
Vorkämpferin im Kampf um den Anschluß und

begrüßt deshalb auch den Versuch der beiden Regierungen, eine
Zollgemeinschaft zu begründen, die sie vorbehaltlos unterstützen
wird.

Sie verlangt jedoch, daß die Regierung die weitere Aktion im Ein-
vernehmen mit dem Nationalrat führt. Die deutschösterreichische
Sozialdemokratie wird unverzüglich in Verbindung mit der Sozial-
demokratie Deutschlands treten, damit die beiden deutschen sozial-
demokratischen Parteien in dieser Aktion einvernehmlich vor-
gehen. Zugleich wird sie die sozialistische Arbeiterinter-
nationale und die sozialistischen Parteien Frankreichs, Groß-
britanniens und der Tschechoslowakei über ihre Stellung zu dem
Plane einer deutschösterreichischen Zollgemeinschaft unterrichten.

Außerdem beschloß der Parteivorstand einen Aufruf an die
Öffentlichkeit, der sich gegen den geplanten Abbau der Sozial-
versicherung wendet.

London verstimmt!

London, 23. März. (Eigenbericht.)

Je mehr offizielle und inoffizielle Ansichten und Meinungen
bekannt werden, desto klarer zeigt es sich, daß in England die

Ankündigung einer deutsch-österreichischen Zollunion im gegen-
wärtigen Augenblick sehr verstimmt wirkt. Ganz be-
sonders unangenehm wird die Art empfunden, wie das deutsch-
österreichische Unternehmen ohne vorherige diplomatische Füh-
rung erfolgte.

Es muß leider gesagt werden, daß die politische Behandlung
der Angelegenheit durch das Auswärtige Amt kein Meister-
stück gewesen ist. Trotz dem Drängen von Paris wird sich jedoch
England Zeit lassen und nicht in den deutschen Fehler der Ueber-
eileung verfallen.

Henderson kehrt am Donnerstag oder Freitag nach London
zurück. Und bevor nicht der Außenminister mit dem Gesamtkabinett
die Angelegenheit behandelt hat, ist von England nicht zu erwarten,
daß es sich einem von Paris geforderten Schritt anschließen wird.
Es zeigt sich sehr deutlich, daß es von dem Außenminister Dr. Curzon
ein Fehler war, den gegenwärtigen Verhandlungen in Paris fernzu-
bleiben.

Henderson in Paris.

London, 23. März. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson ist am Montagmorgen nach Paris
abgereist. Wie wir erfahren, ist durch den deutsch-öster-
reichischen Zollvereinsplan der ursprüngliche
Zweck seiner Reise in den Hintergrund gerückt worden. Paris
sucht offensichtlich England in eine große Protestaktion gegen
den deutsch-österreichischen Zollverein einzuspannen. Man wird in
der Annahme nicht fehlgehen, daß der deutsch-österreichische Zollplan
an der Spitze der Beratungen in Paris stehen wird.

Lloyd George setzt sich durch.

Für weitere Unterstützung der Labour-Regierung.

London, 23. März. (Eigenbericht.)

Lloyd George hat am Montagabend im liberalen Parteiaus-
schuß einen ersten Erfolg im Kampf gegen den rechten liberalen Partei-
flügel errungen. Der Vorschlag des Parteiführers, die Arbeiter-
regierung weiter zu unterstützen, wurde gegen 4 Stimmen,
darunter die von Sir John Simon, angenommen.

Beschwerden in Wien.

Pariser Ministerrat über die Zollunion.

Der Abschluß des deutsch-österreichischen Vertrages über die Zollunion hat einige diplomatische Folgen gehabt. Im Wiener Außenministerium erschienen nacheinander der tschechische, der französische und der italienische Gesandte; sie brachten nach amtlicher Mitteilung der österreichischen Bundesregierung zur Kenntnis, daß eine solche Zollunion gegen das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 verstößen würde. Außenminister Schober hat daraufhin erklärt, daß die im Sinne der Briand'schen Europa-Aktion liegende Zollunion sich im Gegenteil im Rahmen der Verträge halte.

Das Genfer Protokoll von 1922.

Das Genfer Anleiheprotokoll, das zum diplomatischen Kampf gegen den zollpolitischen Einschuß benutzt wird, bezieht sich auf die Anleihe, die Oesterreich mit Hilfe des Völkerbundes 1922 zur Sanierung seiner Staatsfinanzen nach der Inflation erhielt. Die Mächte, namentlich Frankreich und Italien, benutzten die Finanznöte, um sich noch einmal die „Unabhängigkeit“ Oesterreichs, also das in den Friedensverträgen niedergelegte Anschlußverbot von dem damaligen Bundeskanzler Seipel bestreiten zu lassen. Der entscheidende Satz, auf den man sich in Wien beruft, lautet:

„Die Regierung der Republik Oesterreich verpflichtet sich gemäß dem Wortlaut des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain an Lage, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben. Sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindungen enthalten, die geeignet wären, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Diese Verpflichtung läßt Oesterreich unter Wahrung der Bestimmungen des Friedensvertrages seine Freiheit in bezug auf den Zolltarif, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinsichtlich aller sein Wirtschaftssystem und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten. Vorausgesetzt ist jedoch, daß Oesterreich seine wirtschaftliche Abhängigkeit nicht dadurch antastet, daß es irgendeinem Staate ein Sonderrecht oder ausschließliche Vorteile zugesteht, die geeignet wären, diese Unabhängigkeit zu gefährden.“

Aus dem Wortlaut dieses Genfer Protokolls von 1922 ergibt sich, daß der geplante deutsch-österreichische Zollverein mit sorgfältiger Rücksicht auf das Protokoll von 1922 abgeschlossen ist: es wird keinem Staate von Oesterreich „ausschließliche Vorteile“ zugestanden, vielmehr sind bekanntlich alle Staaten freundlich eingeladen, der Zollunion beizutreten. Was man die „Unabhängigkeit“ Oesterreichs nannte, ist ebensowenig gefährdet: die neue Zollunion ist nicht für die Ewigkeit geschlossen, sondern kann schon nach drei Jahren gelündigt werden.

Auskünfte in Berlin.

Der deutsche Außenminister Dr. Curtius hatte bereits am Freitag die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens zu gestern, Montagmorgen, eingeladen, um ihnen Mitteilung über den Zollunions-Vorvertrag zu machen. Sie sind gestern bei ihm gewesen und sind über den wirtschaftlichen Sinn und europäischen Zweck des Abkommens mit Wien ins Bild gesetzt worden.

Ministerrat in Paris.

Paris, 23. März. (Eigenbericht.)

Das deutsch-österreichische Zollbündnis war am Montag Gegenstand einer eingehenden Beratung im Ministerrat. Brand hat seine Kollegen über die Bedeutung des Abkommens unterrichtet, und der Ministerrat hat, wie es in einer amtlichen Mitteilung heißt, „die vom Außenminister ergriffenen Initiativen gebilligt, die sich auf ein gemeinsames Vorgehen aller interessierten Mächte beziehen, um die Einhaltung der Verträge und Abkommen durch Deutschland und Oesterreich zu gewährleisten.“

Die französische Presse, vor allem die Rechtspresse, hat sich über das Abkommen, das in einigen Blättern ein „internationaler Theatercoup“ genannt wird, noch nicht beruhigt, sondern spielt weiter Feuer und Flamme gegen Deutschland und Oesterreich, zum Teil sogar gegen Briand, dessen „katastrophale Außenpolitik“ für das Vorgehen der beiden Länder verantwortlich gemacht wird. Gegenüber dieser Kampagne ist es zu begrüßen, daß wenigstens zwei radikale Blätter, die „Republique“ und die „Volonté“, den Mut haben, das Abkommen mit der Begründung zu verteidigen, daß es der Kern eines europäischen Zollbündnisses werden und damit zu einer wirtschaftlichen und später politischen Einigung Europas führen könne.

Curtius-Interview.

Paris, 23. März. (Eigenbericht.)

In einem an den „Matin“ gerichteten längeren Telegramm setzt Reichsaußenminister Dr. Curtius die Bedeutung des deutsch-österreichischen Protokolls auseinander. Unter Hinweis darauf, daß Deutschland und Oesterreich ihre volle wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren, und daß jeder andere Staat dem Abkommen beitreten könnte, erklärt der Minister: „Das Ziel, das wir alle verfolgen, und das in einer Einigung aller europäischen Staaten besteht, wird viel leichter zu erreichen sein, wenn wir regionale Abkommen schließen und wenn wir Interessensphären schaffen, die man viel bequemer in die allgemeine paneuropäische Organisation eingliedern kann. Deutschland und Oesterreich haben beschlossen, diesen Weg durch eine erste praktische Handlung einzuschlagen. Sie werden damit, wie ich lebhaft wünsche, zu einer

Verwirklichung der grundlegenden Idee der Vereinigten Staaten von Europa

beitragen, die nicht nur eine wirtschaftliche Verständigung, sondern die Befestigung des europäischen und des Weltfriedens bezweckt.“

Die Tschechoslowakei berührt.

Prag, 23. März. (Eigenbericht.)

Sämtliche tschechische Koalitionsparteien, darunter auch die Sozialdemokratische Partei, richteten am Montag im Senat an Außenminister Beneš wegen der deutsch-österreichischen Zollunion eine Interpellation, in der betont wird, daß durch dieses Abkommen die Interessen der Tschechoslowakei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht berührt werden. Durch die Zollunion werden ferner sowohl das Genfer Protokoll aus dem Jahre 1922 über die Sanierung Oesterreichs, sowie auch die aus dem Friedensvertrag von St. Germain resultierenden Verpflichtungen berührt. Außenminister Beneš soll sich über den Standpunkt der Regierung äußern und mitteilen, in welcher Weise die tschechische Regierung vorgehen will, um ihre Interessen und die ihrer Ver-

bündelten zu schützen. Die beiden deutschen Koalitionsparteien, die sozialdemokratische und die agrarische, behielten sich ihre formelle Zustimmung zu dieser Interpellation nach Einvernehmen mit ihren Parteileitungen vor.

In der Schweiz freundliches Interesse.

Zürich, 23. März. (Eigenbericht.)

Zu dem deutsch-österreichischen Zollvertrag bringt die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Bern einen offenbar offiziellen Bericht, in dem es heißt: „Die deutsche Gesandtschaft hat dem Bundesrat offiziell Mitteilung gemacht vom dem Abschluß des deutsch-österreichischen Zollvertrages. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung von den übermittelten Aufschlüssen Kenntnis genommen. Die Initiative für den Vertrag scheint von der österreichischen Regierung ausgegangen zu sein. Politische Bindungen sind die beiden Staaten durch diese Zollvereinbarung nicht eingegangen. Es handelt sich um einen völkerrechtlichen und nicht um einen staatsrechtlichen Akt. Das entstandene Zollabkommen ist demnach etwas wesentlich anderes als der vor einem Jahrhundert geschlossene Zollverein oder die belgisch-luxemburgische Zollunion oder der Zollanschluß des Fürstentums Biechtenstein an die Schweiz. Die Eidgenossenschaft hat lediglich Kenntnis zu nehmen von dem erfolgten Vertragsabschluß. In die bereits aufgetauchte Streitfrage, ob der Vertrag mit dem Versailler Vertrag in Einklang stehe oder nicht, hat sie sich in keiner Weise einzumischen. Wichtige praktische Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz dürfte dem Vertrag kaum zukommen. Sollte er dazu beitragen, daß Deutschland und Oesterreich wirtschaftlich erstarren, so wäre das immerhin auch für unser Land als ein Vorteil zu betrachten.“

Rom wird keine Schwierigkeiten machen.

Rom, 23. März. (Eigenbericht.)

Der Eindruck des deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommens in der italienischen Presse zeigt sich in den ersten redaktionellen Äußerungen am Montagabend. Im all-

gemeinen wird Zurückhaltung geübt und ein Urteil auf den Zeitpunkt verschoben, in dem der genaue Text des Abkommens vorliegt. Der Grundton der Kommentare ist aber bei aller Zurückhaltung durchaus freundlich. „Lavoro Sociale“ sagt in seinem Leitartikel sogar, daß die Notwendigkeit von offeneren Regelungen und Sonderabkommen für die Gesundung des erkrankten Europa sehr gegeben sei.

Was die Haltung Italiens angeht, besteht nach unseren Informationen die Hoffnung, daß von italienischer Seite keine besonderen Schwierigkeiten gemacht werden. Natürlich bleibt die Stellungnahme Italiens gerade wegen der schwebenden italienisch-französischen Verhandlungen schwierig und bis zuletzt unbestimmt. Es ist aber auf keinen Fall mit einem scharfen Vorgehen zu rechnen, wie etwa von französischer Seite. Es wird ja auch betont, daß Italien in Wien durchaus nicht diplomatische Schritte des Protokolls unternommen habe, wie sie der Tschechoslowakei und Frankreich zugesprochen werden, sondern nur, wie England, um nähere Aufklärung gebeten habe. Der deutsche Botschafter hat ebenso wie der österreichische Gesandte dem Außenminister Grandi die Erklärung der Regierung mündlich gemacht.

Grandi bleibt in Rom.

Rom, 23. März. (Eigenbericht.)

Der ungarische Außenminister Caroli wurde am Montag vom König und von Mussolini empfangen. Mit Außenminister Grandi hat er während seines hiesigen Aufenthalts die zweite Zusammenkunft gehabt. Es ist im Zusammenhang mit den Auswirkungen des deutsch-österreichischen Abkommens zu beachten, daß auch der Direktor des Wiener Handelsministeriums, Sektionschef Schiller, schon am Montag nach Rom gekommen ist. Auch er wird mit Caroli wichtige Besprechungen haben. Alle diese Verhandlungen hängen nicht nur mit der internationalen Getreidekonferenz zusammen, die am 24. März beginnt. Sie dürften vielmehr stark mit den Rückwirkungen des deutsch-österreichischen Abkommens in Verbindung gebracht werden. Sie werden als so wichtig erachtet, daß deshalb auch Minister Grandi, der am Montag beim deutschen Botschafter speiste, nicht nach Paris fährt.

Die Zollunion im Rundfunk.

Im Programm der Aktuellen Abteilung sprechen über „Deutsch-österreichische Zollunion“ am Dienstag, dem 24. März, um 8.15 Uhr abends, der deutsche Staatssekretär a. D. Professor Dr. Julius Hirsch und am Mittwoch, dem 25. März, 19.30 Uhr, der österreichische Staatskanzler Dr. Karl Renner.

Das deutsch-österreichische Protokoll

Nachstehend veröffentlichen wir die ihrem wesentlichen Inhalt nach bereits bekannten Richtlinien, die die deutsche und die österreichische Regierung für den Vertrag über die Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder festgelegt haben. Die Richtlinien sind in einem Protokoll enthalten. Das Abkommen der beiden Regierungen über die Annahme dieses Protokolls ist in der Weise formuliert worden, daß sich die beiden Auftragsminister gegenseitig von den übereinstimmenden Beschlüssen der Kabinette in Berlin und Wien benachrichtigt haben.

Das Schreiben des Reichsaußenministers Dr. Curtius an Vizekanzler Dr. Schober vom 19. März lautet:

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Mit Beziehung auf die Besprechungen, die wir Anfang März bei meinem Besuch in Wien hatten, beehre ich mich, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die Reichsregierung den Plan der Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs freudig begrüßt und dem Protokoll über die Richtlinien für den abzuschließenden Vertrag in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung einmütig zugestimmt hat.

Das entsprechende Schreiben des Vizekanzlers Dr. Schober an den Reichsaußenminister Dr. Curtius hat das gleiche Datum und den gleichen Wortlaut.

Das Protokoll.

Im Verfolg der Besprechungen, die Anfang März 1931 in Wien stattgefunden haben, haben die deutsche Regierung und die österreichische Regierung vereinbart, alsbald in Verhandlungen über einen Vertrag zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder auf Grund und im Rahmen der nachstehenden Richtlinien einzutreten:

I.

1. Unter voller Ausrechterhaltung der Unabhängigkeit der beiden Staaten und unter voller Achtung der von ihnen dritten Staaten gegenüber übernommenen Verpflichtungen soll der Vertrag dazu dienen, den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen auf dem Wege regionaler Vereinbarungen zu machen.

2. Insbesondere werden beide Teile sich in dem Vertrage verbindlich dazu erklären, auch mit jedem anderen Lande, auf dessen Wunsch, in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten.

II.

1. Deutschland und Oesterreich werden ein Zollgesetz und

Reichsbannerkameraden!

Bei der letzten Fahrt unseres verstorbenen Kameraden, Reichsausgangsmittels Reichskanzler a. D. Hermann Müller, beteiligen wir uns nach folgendem Plan:

16 Uhr treten die Kameraden kreisweise im Hofe des „Vorwärts“, Eingang Alte Jakobstraße, an. Anzug: vorchriftsmäßige Bundeskleidung, Koppel, Schulterriemen, dunkle Krawatte. Sämtliche Fahnen und Jugendwimpel mit Trauerflor.

Die Musikkapellen der Ortsvereine Charlottenburg, Friedrichshain, Treptow, Wedding und Weißensee, sowie die Spielleute aller Ortsvereine ohne Schlagzeuge und Glockenspiele. (Notiz bezüglich gemeinsamer Übung in Mittwoch-Morgenausgabe beachten.)

Alle anderen Kameraden, die 16 Uhr nicht antreten können, sammeln sich kreisweise 18.30 Uhr in der Ruheplatzstraße, Spitze Gerichtstraße. Reihenfolge der Kreise auf beiden Sammelplätzen: Norden, Westen, Osten, Süden.

Für den An- und Abmarsch sind unter Beobachtung des Demonstrationsverbotes die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen.

Der Gauvorsitzend.

einen Zolltarif vereinbaren, die übereinstimmend in beiden Zollgebieten mit dem Vertrage und für dessen Dauer in Kraft zu setzen sind.

2. Änderungen des Zollgesetzes und Zolltarifs können während der Dauer des Vertrags nur auf Grund einer Vereinbarung der beiden Teile vorgenommen werden.

III.

1. Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen während der Dauer des Vertrags keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden.

2. Die beiden Regierungen werden sich in dem Vertrage darüber verständigen, ob, für welche bestimmten einzelnen Warenkategorien und für welche Zeit Zwischenzölle sich als erforderlich erweisen.

IV.

Die beiden Regierungen werden in dem Vertrage Vereinbarungen treffen über eine vorläufige Regelung des Zwischenverkehrs hinsichtlich der Warenumschlagsteuer und mit solchen Waren, für die zur Zeit in dem einen oder anderen Lande Monopole oder Verbrauchsabgaben bestehen.

V.

1. Die Zollverwaltung jedes der beiden Länder soll von der des anderen Landes unabhängig und nur der Regierung ihres Landes unterstellt bleiben. Auch soll jedes Land die Kosten seiner Zollverwaltung tragen.

2. Unter voller Wahrung des vorstehenden Grundsatzes werden die beiden Regierungen durch besondere Maßnahmen technischer Art für eine gleichmäßige Durchführung des Zollgesetzes und der sonstigen Zollvorschriften Sorge tragen.

VI.

1. Die Zölle werden im deutschen Zollgebiet von der deutschen Zollverwaltung, im österreichischen von der österreichischen Zollverwaltung erhoben.

2. Nach Abzug der aus der Durchführung des Vertrags erwachsenden Sonderkosten wird der Betrag der vereinnahmten Zölle zwischen den beiden Ländern nach einem Verteilungsschlüssel verrechnet.

3. Bei den hierüber zu treffenden Vereinbarungen wird Sorge dafür getragen werden, daß die in dem einen oder anderen Lande bestehenden Pfandrechte an den Zolleinnahmen nicht beeinträchtigt werden.

VII.

1. Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote sollen zwischen Deutschland und Oesterreich nicht bestehen. In dem Vertrage sollen die Ausnahmen, die sich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheitspflege oder aus ähnlichen Gründen als erforderlich erweisen können, mit möglicher Genauigkeit aufgeführt werden.

2. Die beiden Regierungen werden an Stelle des Tierseuchenübereinkommens zwischen Deutschland und Oesterreich vom 12. Juli 1924 so schnell als möglich, spätestens binnen einem Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags, eine neue Vereinbarung treffen und in Kraft setzen, die den Verkehr mit Tieren und tierischen Erzeugnissen zwischen Deutschland und Oesterreich unter den gleichen Voraussetzungen nach den gleichen Vorschriften regeln wird, wie sie für den inneren Verkehr in Deutschland und in Oesterreich gelten.

VIII.

In dem Vertrage sollen die Rechte, die den natürlichen und juristischen Personen des einen Teils im Gebiete des anderen Teils in bezug auf Niederlassung, Gewerbebetrieb, Besteuerung usw. zustehen, auf der Grundlage der einschlägigen Bestimmungen des jetzt geltenden deutsch-österreichischen Handelsvertrages geregelt werden. Auf der gleichen Grundlage werden auch Bestimmungen über den beiderseitigen Eisenbahn- und Schiffsverkehrs getroffen werden.

IX.

1. Jede der beiden Regierungen soll auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags grundsätzlich das Recht behalten, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen.

2. Bei solchen Verhandlungen mit dritten Staaten werden die deutsche und die österreichische Regierung darauf Bedacht nehmen,

dass nicht die Interessen des anderen Teils im Widerspruch mit dem Inhalt und Zweck des abzuschließenden Vertrages verlegt werden.

3. Soweit es im Interesse einer einfachen, schnellen und gleichmäßigen Regelung der Handelsverhältnisse mit dritten Staaten angebracht und möglich erscheint, werden die deutsche Regierung und die österreichische Regierung Verhandlungen über den Abschluss von Handelsverträgen mit dritten Staaten gemeinsam führen. Auch in diesem Falle werden jedoch Deutschland und Österreich jedes für sich einen besonderen Handelsvertrag unterzeichnen und ratifizieren und sich gegenseitig der Ratifikationsurkunden mit dem dritten Staate verständigen.

X.

Die beiden Regierungen werden rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die zurzeit laufenden, von Deutschland und Österreich mit dritten Staaten abgeschlossenen Handelsverträge, soweit sie Bindungen der Zollsätze enthalten, oder soweit sie die Durchführung der zurzeit noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverträge und sonstigen Vorschriften über den Warenverkehr beeinträchtigen würden, miteinander und mit dem Inhalt und Zweck des abzuschließenden Vertrages in Einklang zu bringen.

XI.

1. Zum Zwecke der reibungslosen Durchführung des Vertrages soll in ihm ein völlig paritätisch aus Angehörigen beider Teile zusammengesetzter Schiedsaussschuss vorgesehen werden, dem folgende Aufgaben zufallen:

- a) Die schiedsgerichtliche Erledigung von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Teilen über die Auslegung und Anwendung des Vertrages;
- b) die Herbeiführung eines Ausgleichs in denjenigen Fällen, in denen der Vertrag eine besondere Vereinbarung zwischen beiden Teilen vorsieht, oder in denen nach dem Inhalt des Vertrages die Verwirklichung der Absichten des einen Teiles von der Zustimmung des anderen Teiles abhängt, wenn in diesen Fällen eine Einigung zwischen den beiden Teilen nicht zu erzielen ist.

2. Der Schiedsaussschuss entscheidet in den vorstehend unter a) und b) erwähnten Fällen mit verbindlicher Wirkung für beide Teile. Für die Entscheidung genügt Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit soll die Stimme des Vorsitzenden des Ausschusses den Ausschlag geben. Die Auswahl des jeweiligen Vorsitzenden soll im dem Vertrage nach dem Grundsatz völliger Parität geregelt werden.

3. Wenn eine der beiden Regierungen der Ansicht ist, daß die Entscheidung des Schiedsaussschusses in einem der unter 1b) erwähnten Fälle lebenswichtige Interessen seiner Wirtschaft verlegt, so kann sie den Vertrag jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten kündigen. Eine solche Kündigung ist auch während der nachstehend unter XII 2) vorgesehenen ersten Vertragsperiode von drei Jahren zulässig.

XII.

1. Der abzuschließende Vertrag soll ratifiziert werden und nach einer im Vertrage zu bestimmenden Frist, die vom Austausch der Ratifikationsurkunden an läuft, in Kraft treten.

2. Der Vertrag soll jederzeit mit einer Frist von einem Jahr, zum ersten Male jedoch — vorbehaltlich der Bestimmung in XI 3) — für den Ablauf des dritten Jahres nach seinem Inkrafttreten, kündbar sein.

3. Die Kündigung darf nur auf Grund eines Gesetzes des Landes erfolgen, von dem die Kündigung ausgesprochen wird.

Reichsrat gegen Steuerbeschlüsse? Verhandlungen beim Reichkanzler.

Reichkanzler Dr. Brüning bemühte sich am Montagabend, durch Verhandlung mit den Führern der Reichstagsfraktionen, die noch schwebenden politischen Streitfragen zu lösen. Besondere Bedeutung kam einem Empfang der Führer der Deutschen Volkspartei und der Konservativen beim Reichkanzler zu. Dabei wurde, wie wir hören, namentlich die Frage erörtert, was geschehen solle, nachdem im Reichstagsplenum die Steueranträge der Sozialdemokraten angenommen worden sind. Ein parlamentarischer Ausweg zeigte sich nicht, infolgedessen ist damit zu rechnen, daß der Kampf um die Steuererhöhungen nunmehr in den Reichsrat verlegt wird. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung sich bemühen wird, den Reichsrat zur Einsegnung des Einspruchs gegen die Steuerbeschlüsse des Reichstags zu bewegen.

Bis in die späten Abendstunden verhandelten Regierungsmitglieder mit den Sachverständigen der Parteien dann noch über die Zollvorsorge, die die Regierung ermächtigen soll, von sich aus Fälle heraus- oder herunterszusetzen. Die Hauptfrage ist dabei, ob die Zollermächtigung an bestimmte Bedingungen geknüpft werden soll und an welche, insbesondere, ob der Reichsrat bei der Anwendung der Zollermächtigung eingeschaltet werden soll und ob dabei noch der Lebenshaltungsindex eine Rolle spielen soll. Die Frage ist noch nicht völlig geklärt. Die Verhandlungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Strittig bleibt auch noch die Frage der Vertagung des Reichstags. Angestrebt wird eine Einigung mit den Parteien dahin, daß nach der Vertagung des Reichstages das Parlament nur auf Vereinbarung zwischen Reichstagspräsident und Reichsregierung wieder einberufen werden soll, sobald sich die Notwendigkeit dafür herausstellt.

Deutschnational und betrügerisch.

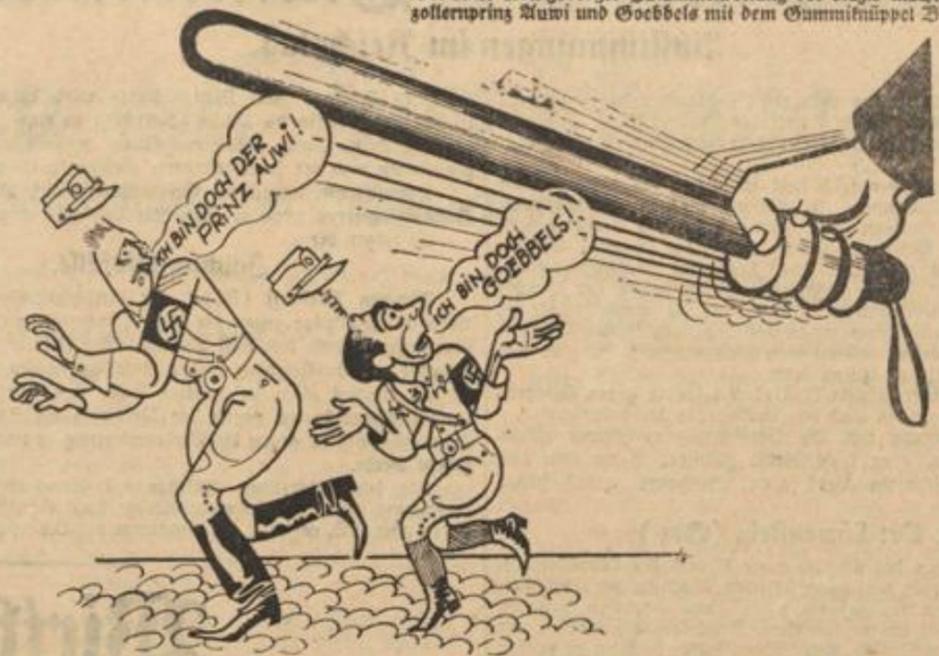
2 1/2 Jahr Gefängnis für Unterschlagung von Kirchengeldern.

Frankfurt a. M., 23. März. (Eigenbericht.)

Der frühere deutschnationale Stadtverordnete Kaufmann Friedrich Nagel wurde am Montag vom erweiterten Schöffengericht in Frankfurt zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte hatte als Vorsteher des evangelischen Kirchensteueraussschusses die Kassengeschäfte der evangelischen Gemeinde von Groß-Frankfurt unter sich. Er benützte seine täglichen Funktionen, um in einem Zeitraum von sechs Jahren 161 000 Mark Kirchengelder zu unterschlagen. Diese Verluste verschleierte er durch Befestigung von Urkunden. Die verurteilten Gelder stückte er regelmäßig in sein Geschäft, eine Korsettfabrik, die vor kurzem bankrott ging als die Betrügereien bekannt wurden. Bemerkenswert ist, daß der Untersuchungsrichter diese nationale Leuchte erst vor zwei Wochen in Haft nahm, obwohl bereits seit Januar die Höhe der unterschlagenen Riesensumme und alle Einzelheiten aufgeklärt waren.

Prinz Luweih!

Bei einer Königsberger Zusammenrottung der Nazis machten auch der Hohenzollernprinz Luwi und Goebbels mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft.



Manche Leute lernen nur auf diese Weise begreifen, was eine Demokratie ist!

Goebbels und Prinz Luweih.

Wie sie die Polizei provozierten und Bekanntschaft mit dem Gummiknüppel machten.

In großer Aufmachung haben Blätter der Rechten über angebliche Mißhandlungen des Prinzen August Wilhelm von Preußen und des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels berichtet. Der Prinz von Preußen bezeichnete das Vorgehen der Königsberger Schutzpolizei als „skandalös“. Die Berichte dieser Blätter widersprechen sich übrigens charakteristischerweise in allen wesentlichen Einzelheiten stark und sind schon deshalb als wenig objektiv anzusehen. Ihre Meldungen und auch die Darstellung des Prinzen hatten das Verhalten der Nationalsozialisten als völlig friedlich und das der Schutzpolizei dagegen gerade als absolut unbegreiflich aggressiv hingestellt. Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht den amtlichen Bericht des Königsberger Polizeipräsidenten, der zur Verhütung einer Legendenbildung den Sachverhalt richtigstellt. Er zeigt, daß sowohl der Vorwurf, die Schutzpolizei hätte durch vorzeitiges Abziehen ihres Versammlungsschutzes die Versammlungsteilnehmer schußlos den Kommunisten ausgeliefert, zu Unrecht erhoben wird, wie er auch das Verhalten der „friedlichen“ Nationalsozialisten auf dem Hauptbahnhof ins rechte Licht setzt.

Nachdem amtlich in Königsberg bekannt geworden war, daß vom Polizeipräsidenten in Berlin die Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in denen der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels sprechen sollte, wegen ihres unfriedlichen Charakters verboten worden waren, mußte mit Rücksicht hierauf und im Hinblick auf das Verhalten Dr. Goebbels in der Versammlung am 6. September 1930 in Königsberg ein gleiches Verbot auch hier ausgesprochen werden. Infolgedessen wurde der Gauleitung der NSDAP von diesem Verbot am 20. März vormittags Kenntnis gegeben. Auf Grund der sofort von der Parteileitung der NSDAP aufgenommenen Verhandlungen, in denen sie eine ausreichende Garantie dafür bot, daß der vorgesehene Redner weder in der Versammlung erscheinen noch in ihr sprechen sollte, wurde das Verbot zurückgezogen.

Die in hiesigen („Dispreussische Zeitung“ und „Preussische Zeitung“) und Berliner Zeitungen („Angriff“ und „Tag“) wiedergegebene Schilderung des August Wilhelm, Prinz von Preußen, daß die gesamte Schutzpolizei noch vor Schluß der Versammlung“ zurückgezogen sei, trifft nicht zu. Die Versammlung war um 22 Uhr 30 beendet. Kurz zuvor zog der Inspektionsführer von drei Polizeibereitschaften eine Bereitschaft heraus, um die Teilnehmer an der Versammlung auf dem Rathauswege durch Streifen zu Fuß und auf Postkraftwagen in der weiteren Umgebung zu

führen. Außerdem blieb das Versammlungsort selbst und seine nähere Umgebung durch die noch zurückgehaltenen zwei Bereitschaften in ausgiebigster Weise gesichert.

Nach Bekanntwerden der Abfahrzeit des Dr. Goebbels wurden ausreichende andere Polizeikräfte nach dem Hauptbahnhof entsandt, wie dies stets bei solchen Anlässen geschieht. Der Einsatz der Schutzpolizei auf dem Bahnsteig erfolgte auf Ersuchen der Bahnpolizei, weil letztere die Ordnung dort wegen des Verhaltens der großen Zahl der Nationalsozialisten, welche zum Teil die Bahnsperr ohne Karten durchbrochen hatten und auch auf sonst verbotenen Zugängen auf den Bahnsteig gelangt waren, allein nicht aufrechterhalten konnte. Die Räumung des Bahnsteigs war nötig, weil das Publikum dicht gedrängt bis an seine Ränder stand und einzelne Trupps die Gleise überquerten. Sie erfolgte erst nach lauter Aufforderung an das Publikum. Von dem Polizeiknüppel wurde ebenfalls erst Gebrauch gemacht, nachdem Polizeibeamte tätlich angegriffen worden waren und die wiederholten Aufforderungen des leitenden Polizeioffiziers, den Bahnsteig zu räumen, unbeachtet blieben. Daß Dr. Goebbels oder der Prinz von Preußen erheblich oder gar blutig verletzt worden sind, ist nicht beobachtet worden. Die weitere Darstellung des Prinzen von Preußen, daß er nach Vorzeigung seiner Fahrkarte nicht durch die polizeiliche Sperrkette durchgelassen, sondern auf das angebliche Zeichen des Polizeimajors mit dem Polizeiknüppel einen Schlag erhalten hätte, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr wurden, alle Personen — und auch der Prinz — nach Vorzeigung ihrer Fahrkarten anstandslos von den Polizeibeamten durchgelassen.

Es ist weiter nicht zutreffend, daß ein Polizeioffizier seinen Beamten gegenüber erklärt habe: „Lohi mir den Prinzen nicht aus, den müssen wir auch kriegen.“ Ebenso unzutreffend ist die Angabe, ein Polizeimajor habe zu Dr. Goebbels gerufen: „Runter von der Bank, runter!“

Es ist Tatsache, daß drei Schutzpolizeibeamte und ein Bahnpolizeibeamter mißhandelt, daß zwei Polizeibeamten die Seitengewehre entrisen wurden und daß der anwesende Polizeimajor zu seinem eigenen Schutz seine Schußwaffe ziehen mußte, um einen ihm unmittelbar drohenden Angriff abzuwehren.

Wenn hierbei unbeteiligte Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sind, so ist dieses an sich bedauerlich, aber unermessbar und auf das undisciplinierte Verhalten eines Teils der Anwesenden zurückzuführen.

Die Pariser Berichte des Hitler-Organs. Richtigstellungen.

Am 7. März haben wir die unwarren Behauptungen des „Völkischen Beobachters“ über die angebliche Rüstungsreudigkeit der französischen Sozialisten angeprangert. Bei dieser Gelegenheit stellten wir fest, daß der Pariser Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ ein ehemaliger Pastor Dr. Koerber ist, der früher die „Deutsche Tageszeitung“ in Paris vertreten habe. Dr. Koerber schreibt uns nun aus Cannes an der Riviera, wo er sich zur Erholung aufhält, daß er für nationale Zeitungen, zu denen bis heute auch noch die „Deutsche Tageszeitung“ gehört, arbeitet. Seine Sekretäre leisteten nichts anderes als die Arbeit eines Stenotypisten.

Wir geben gern davon Kenntnis, daß die „Deutsche Tageszeitung“, in der persönlich hochachtbare Kollegen tätig sind und die noch einen Ruf der Anständigkeit zu verlieren hat, in Paris heute noch den gleichen Korrespondenten hat wie der „Völkische Beobachter“. Herr Koerber teilt uns weiter mit, daß seine Berichte im Hitler-Blatt „mit H. oder A. A. Paris“ gekennzeichnet sind und nicht „bescheiden mit H.“. Das H. war ein offenkundiger Druckfehler. Aber auch das sei hier registriert. Damit wird an unserer Kennzeichnung

des Charakter seiner Pariser Berichte nicht das geringste geändert.

In der gleichen Notiz hatten wir hinzugefügt, daß der Sekretär, der für Herrn Koerber die Arbeit für den „V. B.“ leistet, ein Herr Vandau sei, der früher für einen linksstehenden Berliner Verlagsleiter als Informator tätig gewesen wäre. Herr Koerber erklärt, daß er einen Sekretär dieses Namens niemals beschäftigt habe.

In diesem Punkt sind wir Opfer einer falschen Information gewesen. Dr. Edmund Vandau hat uns inswischen aufgesucht, sich als Mitglied der deutschen sozialistischen Gruppe in Paris ausgewiesen und festgestellt, daß er weder jemals für Herrn Koerber, noch für den gemeinten Berliner Verlagsleiter tätig gewesen sei. Von dieser zweifachen Erklärung geben wir hiermit Kenntnis und bedauern insbesondere, daß wir ihn auf Grund irreführender Mitteilungen in einen Zusammenhang mit der Pariser Berichterstattung eines Blattes vom Schlage des Hitler-Organs gebracht haben.

Realsteuereinführung in Baden.

Durch Verordnung des Staatsministeriums.

Karlsruhe, 23. März.

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums werden in Baden die Realsteuern mit Wirkung vom 1. April 1931 ab geändert. Es handelt sich dabei um die Steuern des Landes, der Gemeinden und der Kreise, die beim Grundvermögen um 4 Proz. und beim Gewerbebetrieb um 8 Proz. für das Rechnungsjahr 1931 gesenkt werden durch eine entsprechende Ermäßigung der von den Grundsteuerbeiträgen zu erhebenden Hunderteile.

Die Zollvorsorge. Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages, der sich am Montagabend mit der Zollvorsorge beschäftigten wollte, vertagte seine Sitzung auf Antrag des Dr. Dessauer (Z.) auf Dienstag früh, weil inzwischen noch Besprechungen unter den Fraktionen stattfinden sollten.

Volkstheater.

Stefan Großmann: „Die beiden Adler“.

Der Versuch, im bewegenden Weltanschauungsspiel Victor Adler, den großen Führer der österreichischen Sozialdemokratie, und seinen vom Kriege bis zur Verzweiflung gemeinlichen Sohn Friedrich auseinanderprallen zu lassen, mißlang. Die Träger dieser erschütternden Schicksale sind noch viel zu nahe mit uns verbunden, als daß wir gestalten dürften, sie für eine nur unterhaltende Theaterpielerei zu opfern. Der Verfasser und die Künstler empfangen trotzdem vielen Beifall. M. H.

Filmzensur und Immunität.

Abstimmungen im Reichstag.

Der Reichstag beriet am gestrigen Montagnachmittag zunächst den sozialdemokratischen Gesetzentwurf in dritter Lesung, daß verbotene Filme in geschlossener Gesellschaft ungeschindert vorgeführt werden dürfen.

Abg. D. Dr. Schreiber (Z.) sieht in diesem Gesetzentwurf die Vernichtung der Filmzensur. Mindestens müßten entfallende, antireligiöse und strafgesetzwidrige Filme unbedingt verboten und unauflösbar sein. Andernfalls ließe der Staat schwerste Gefahr.

Abg. Schmidt-Rassel (Christl.-Soz.) beantragt Ausschußberatung, da der Gesetzentwurf im Gegensatz zur Gesamtpolitik der Reichsregierung stehe. Unverständlich ist mir, wie die Sozialdemokratie ihren Todfeinden, den Kommunisten und K.S., ein solches Gesetz machen kann wie diesen überlegten Gesetzentwurf, der nur der Volkserziehung Vorstoß leisten kann.

Abg. von Lindener-Wildau (Volkstom.) spricht gegen Gelegenheitsgesetze im allgemeinen und das vorliegende im besonderen.

Ein Zentrumsantrag will die Vorführung verbotener Filme nur möglich machen, aber nicht direkt zulassen; Filme der von Dr. Schreiber bezeichneten Art sollen überhaupt unauflösbar bleiben.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.):

Zu diesem Antrag hat uns die neue Praxis der Oberfilmprüfstelle veranlaßt, die trotz dem ausdrücklichen Wortlaut des Lichtspielgesetzes aus politischen und außerhalb des Films liegenden Gründen geurteilt haben. Nach dieser einseitigen Rechtsbeugung werden wir bei der angeforderten Kontrolle zum Lichtspielgesetz sorgsam zu prüfen haben,

ob wir die völlige Aufhebung der Zensur nicht ihrem Mißbrauch vorziehen sollen.

Das Verbot des Remarque-Films z. B. lag durchaus nicht im Interesse der Staatserhaltung. Was wir jetzt beantragen, ist sogar in der dem Reichstag vorliegenden Novelle enthalten. Die Regierung wird sich doch zweifellos darüber klar gewesen sein, daß eine solche Bestimmung unangeführt ist. Wir wollen durchaus nicht die Vorführung verbotener Filme, denn wir wollen die Kultur des Volkes heben (auf einen Zwischenruf des Abg. von Lindener-Wildau antwortet der Redner.) Auch das Publikum einer Vorführung im Sportpalast kann eine geschlossene Gesellschaft sein; wir haben bei Parteikundgebungen in diesem Lokal genau kontrollieren können, wer teilnimmt. Es muß eine Abwehr gegen die politischen Urteile der Oberfilmprüfstelle geschaffen werden. (Lebhafte Beifall links.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth sucht an dem Beispiel eines Werbefilms für die Fremdenlegion die Notwendigkeit der Befolgung von Zensurverboten zu beweisen.

Abg. Freiherr von Thüngen (Landvolk) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag und fordert die Sozialdemokraten auf, ihre jetzige Mehrheit nicht in einer Weise auszunutzen, die die noch im Reichstag verbliebene Rechte stark veröfentlicht.

Abg. Frau Mah (Dsp.) spricht für den Zentrumsantrag. Die Sozialdemokraten sollten doch auch in diesem Falle an der Linie ihrer loyalen Politik festhalten und hier dasselbe Entgegenkommen beweisen, wie sie das in hocharztlicher Weise schon öfter gegenüber der augenblicklichen Minderheit im Reichstage getan habe.

Abg. Torgler (Komm.): Dieses Liebeswerben wird bei den Sozialdemokraten wohl nicht ohne Erfolg bleiben. — Der Redner spricht dann vom Verbot des Granowitz-Films und von der Kulturreaktion in Deutschland. Mit dem Beispiel des Fremdenlegionsfilms will der Minister nach seinem früheren Eingeständnis die Ruffilme treffen. Fort mit der Filmzensur!

Abg. Lemmer (Staatsp.): Dieses Gelegenheitsgesetz ist nach Verbot des Remarque-Films sehr verständlich, der Redner ist aber für den ersten Teil des Zentrumsantrags. Gegen den Abg. von Thüngen tritt der Redner sehr entschieden für den Remarque-Film ein. Wer an diesen Bildern Anstoß nehme, der sei so gut, auch am Krieg Anstoß zu nehmen. (Sehr laut! links.)

Die Abstimmung wird ausgesetzt.

Zu dem Gesetz über die privaten Versicherungen (Aufsichtsrecht des Staates usw.) erklärt

Abg. Schumann (Komm.): Dieses Gelegenheitsgesetz ist nach Verbot des Remarque-Films sehr verständlich, der Redner ist aber für den ersten Teil des Zentrumsantrags. Gegen den Abg. von Thüngen tritt der Redner sehr entschieden für den Remarque-Film ein. Wer an diesen Bildern Anstoß nehme, der sei so gut, auch am Krieg Anstoß zu nehmen. (Sehr laut! links.)

Abstimmungen.

Der kommunistische „Millionärsteuer“-Antrag wird abgelehnt, die sozialdemokratischen Anträge betr. Einkommen- und Lohntmessteuer werden angenommen; außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten stimmen auch die sogenannten Zentrums-Arbeitersekretäre dafür.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister wird mit 246 gegen 59 Stimmen bei 35 Enthaltungen der Wirtschfts- und der Landvolkpartei abgelehnt. Ein kommunistischer Antrag auf

Offenlegung der Steuerlisten wird mit 192 gegen 143 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Der Zentrumsantrag auf Ausschußberatung des sozialdemo-

kratischen Antrags zum Lichtspielgesetz wird abgelehnt, der Zentrumsantrag, darin die „Ruf“-Borschrift in eine „Komm“-Borschrift umzuwandeln, durch Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen und der so abgeänderte Gesetzentwurf verabschiedet.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf auf Verlängerung des Pachtzugesetzes wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgen die

Immunitätsfälle.

Abg. von Kardorff (Dsp.) als Berichterstatter beantragt, die Verhaftungsanträge gegen die drei Kommunisten dem Ausschuß zu überweisen, ebenso den Fall Dremwig. Der Redner beantragt weiter, Anträge auf Auslieferung wegen Beleidigung des Reichstags abzulehnen, kündigt aber für weitere Fälle von beleidigenden Äußerungen Abgeordneten gegen den Reichstag die Aufhebung der Immunität an, da gegen die Volkvertretung in unerträglicher Weise gehandelt werde.

Die sehr zahlreichen Anträge auf Genehmigung von Strafverfolgung gegen Reichstagsmitglieder sind zumeist gegen Kommunisten oder K.S. gerichtet. So beantragt der Oberreichsanwalt

die Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen die kommunistischen Abgg. Gesele, Zaddasch und Schläffer, der Reichsinnenminister die Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgg. Maddalena, Ubricht-Potsdam und Kemmle-Berlin. Die Genehmigung zur Vorführung vor Gericht wird u. a. beantragt gegen die K.S.-Abgeordneten Dr. Goebbels, Münchmeyer usw. Gegen den Abg. Dremwig (Wirtschp.) ist Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Betrug, Unterschlagung und Untreue verlangt; es handelt sich um seine Tätigkeit im Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Mittelstandsbank.

Abg. Dremwig (Wirtschp.) ersucht, seine Angelegenheit schon heute zu erledigen, da er ein dringendes Interesse an der Gerichtsverhandlung habe.

Abg. Schumann (Komm.) behauptet, die Anträge der Staatsanwaltschaften seien schlanös; so bestehe das Vergehen in einem Falle in der Aufforderung an preußische Staatsbeamte, der Kommunistenpresse zu berichten, was der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze gleichgestellt werde, weil preußischen Staatsbeamten die Mitgliedschaft bei der K.P.D. verboten ist. Die Anträge des Oberreichsanwalts betreffen jenen „literarischen Hochverrat“, dessen Verfolgung auch sozialdemokratische Redner verurteilt haben.

Die am meisten beanstandeten Anträge werden nochmals dem Ausschuß überwiesen, im übrigen wird gemäß den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses beschloffen. (Ein Kommunist ruft: „Faschistenmehrheit!“ — Präsident Lobe: Na, Sie haben wirklich keinen Grund, sich zu beklagen! — Zustimmung.)

Heute, Dienstag, 12 Uhr: Dritte Lesung des Reichshaushaltes, Schenkervertrag, Gesetz gegen Waffennißbrauch. — Schluß 19 Uhr.

Wirth und Franzen.

Der Briefwechsel über die Braunschweiger Polizeiaffäre.

Gegen den braunschweigischen Minister Dr. Franzen, der auch nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ist, sind wegen seines Verhaltens bei dem Braunschweiger Gau-tag seiner Partei öffentliche Vorwürfe erhoben worden, die auch den Reichsminister des Innern Dr. Wirth zu einer Anfrage in Braunschweig veranlaßt haben. Dr. Franzen wurde beschuldigt, einen Polizeibeamten an der Ausübung seines Dienstes verhindert und dabei einseitig zugunsten der demonstrierenden Nationalsozialisten Partei ergriffen zu haben.

Die Anfrage, die Dr. Wirth an die braunschweigische Regierung gerichtet hat, scheint dort zu einigen Auseinandersetzungen zwischen dem leitenden Minister Kücheral, einem Deutschnationalen, und dem Minister Franzen geführt zu haben. Jedenfalls ist die Antwort, wie wir hören, reichlich spät nach Berlin gegangen und dies in einer Form, die deutlich die Verlegenheit der braunschweigischen Regierung erkennen läßt. Sie fragt nämlich ihrerseits bei dem Reichsminister des Innern zurück, auf welche Pressemittelungen seine Anträge zurückgehe.

Dr. Wirth wird selbstverständlich die Angelegenheit noch weiter verfolgen, zumal da inzwischen eine Beschwerde des Braunschweigischen Polizeibeamtenverbandes eingegangen ist, die ausreichendes Material zur Beurteilung der wirklichen Vorkommnisse enthält. Die braunschweigische Regierung muß also damit rechnen, daß sie einen neuen Brief aus dem Reichsministerium des Innern erhält, der auf Grund dieses Materials eindeutige Auskünfte von ihr verlangt.

Der Mißtrauensantrag gegen Fried-Pirmasens eingegangen.

Weimar, 23. März. (Eigenbericht.)

Der von den Sozialdemokraten angekündigte Mißtrauensantrag gegen die nationalsozialistischen Mitglieder der thüringischen Regierung, Staatsminister Dr. Fried und Staatsrat Marschler, ist heute im Thüringischen Landtag eingegangen. Der Ältestenrat des Landtags wird sich morgen nachmittag mit dem Antrag zu befassen haben. Nach den Erklärungen der Volkspartei in der letzten Interfraktionellen Sitzung wird damit gerechnet, daß die Mißtrauensanträge angenommen werden, da die Volkspartei ihnen zustimmen will.

Es wird höchste Zeit!

Weimar, 23. März. (Eigenbericht.)

Bei der nationalsozialistischen Versammlung im Deutschen Nationaltheater mit dem Gememörder Schulz hat der Vorsitzende der nationalsozialistischen thüringischen Landtagsfraktion Sauer als Versammlungsleiter in seiner Begrüßungsrede unter Anspielung auf die Deutsche Nationalversammlung auch gesagt:

„Es ist richtig, daß wir in diesem Raum sitzen, in welchem einst eine Horde von Verrätern und Feiglingen sich erdreistet hat, eine Verfassung zu machen.“

Der in der Versammlung anwesende Polizeioffizier sah in dieser Schmähung keinen Anlaß zum Einschreiten.

Den Mut verloren!

Eine nationalsozialistische Berichtigung.

In Nr. 133 veröffentlichten wir eine Karikatur, deren Begleittext lautete: „Das Dresdener Naziblatt wurde wegen Verherrlichung der Hamburger Morde verboten.“

Dazu schickt uns dies Blatt, der „Freiheitskampf“, eine Berichtigung, in der es als unwahr bezeichnet wird, daß das Blatt die Hamburger Morde verherrlicht habe.

Die Behörde war unserer Ansicht — sie hat deshalb das Blatt verboten.

Die Antwort entsprach der Anfrage.

Eine Zurechtweisung für die Holentkrenzer.

Vor einiger Zeit hatte der preußische Ministerpräsident Braun eine nationalsozialistische Anfrage, die von Direktorialgehilfen der Reichsregierung und davon wissen wollte, daß auch Preußen in einem solchen Regierungsministerium vertreten sein solle, mit dem man die Parlamente ausschalten wolle, sprach, mit der Bemerkung beantwortet, daß es sich hier wohl um einen verspäteten Faschingscherz handelte.

In einer neuen Anfrage beschwert sich Abg. Kube (Nazf.) gegen diese Art der Beantwortung und fragte, ob des gesamte Staatsministerium der Meinung sei, daß Braun „in der von ihm beliebigen Art ernstliche Anfragen der größten preußischen Partei beantwortet“ dürfe. Ministerpräsident Braun beantwortet diese neuerliche Anfrage mit dem „Ja“ und die weitere Frage, ob die Regierung der Meinung sei, daß diese Art der Beantwortung der Würde des Staates entspreche, mit der Erklärung: „Die Antwort entsprach dem Inhalt der Anfrage“.

Genosse Crispian wird in der Presse der Rechten und der Kommunisten unter den Reichstagsmitgliedern aufgezehrt, die bei der Abstimmung über die Panzerkreuzerraten sich der Abstimmung entzogen haben. Demgegenüber sei festgestellt, daß Genosse Crispian schon seit mehreren Wochen infolge Krankheit den Reichstagsarbeiten fernbleiben mußte und auch noch weiter fernbleiben wird.

Bewährungsfrist in Spanien. Das Oberste Kriegesgericht in Madrid hat die Unterzeichner der republikanischen Kundgebung vom letzten Dezember zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und dabei die Regierung gebeten, den Verurteilten Bewährungsfrist zu gewähren.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geyer; Schriftf.: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Scholz; Frau Helma Dr. Joha Schlawski; Sozialer und Sozialist: Erik Rothardt; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Berlin: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 2. Seite 2 Beilage.

WERTHEIM

Billige

Soweit Vorrat:

Lebensmittel

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Frisch. Fleisch

Hammel-Vorderfl.	0.90
Schweinerücken	0.76
Frisch. Eisbein	0.60
Pökelrippchen	0.80
Gulasch	0.90
Lieserl	0.62
Gehacktes	0.75
Rückenfett	0.64
Querrippe	0.70
Rinderkamm	0.82
Kalbskamm	0.68
Kalbskotelett	1.30
Fr. Bratwurst	1.10
Nierentalg	0.40
Rinderleber	1.16

Obst u. Gemüse

Amerik. Apfel	0.38 0.48
Apfelsinen	0.38 0.68
Zitronen	0.32 0.38
Bananen	2 Pfund 0.78
Möhren	0.06
Weißkohl	0.08
Blumenkohl	0.25
Grüne Gurken	0.42
Malta-Kartoffeln	0.58
Räucherwaren	
Büchlinge	0.26
Flundern	0.32
Sprotten	0.35

Wurstwaren

Dampfwurst	0.88
Leberwurst	1.10
Holsteiner	1.38
Leberwurst	1.40
Käse u. Fett	
Camembert	0.25
Dän. Schweizer	0.80
Tilsiter	0.88
Holländer	0.92
Schweizer	1.28
Margarine	0.40
Tafelbutter	1.52 1.62
Dän. Butter	1.72

Teewurst	1.45
Schinkenspek	1.48
Gek. Schinken	0.45
Konserven	
Schnittbohnen	0.35 0.46
Spinat	0.38
Schn.-u. Bred.-Bohnen	0.54
Kohlrabi	0.33
Junge Erbsen	0.54
Gemischt. Gemüse	0.60
Senfgurken	0.40 0.72
Aprikosen-Mus	0.62
Pflaumen-Konfi.	0.90

Gänse 68, 78, 88 Pf.

gefroren, Pfd.	
Wolghühner	0.90
Suppenhühner	1.10
Frische Eier	0.68
Dorsch u. Scholle	0.25
Kabeljau	0.14
Schollen-Filet	0.20
Kabeljau-Filet	0.24
Schellfisch	0.26

Drei Menschen auf Menschenjagd.

Grauenhafte Geständnisse im Saffranprozeß.

Nachdem der Möbeshändler Saffran in seiner Vernehmung davon gesprochen hatte, daß er auf etwa 400 Abzahlungsverträge seiner Kunden zweimal Kredit genommen habe und schließlich in eine derart finanziell abhängige und drückende Lage geraten sei, daß er an Selbstmord gedacht habe, fährt er wie folgt fort:

Fräulein Augustin riet mir ab, Selbstmord zu begehen. Wir überlegten und kamen plötzlich auf die Idee, uns eine Leiche zu besorgen und einen Autobrand vorzutauschen, um so das Versicherungsgeld für mich zu bekommen. Ich hatte selbst keinen Mut zu einer solchen Tat, und deshalb wandte ich Fräulein Augustin an Kipnik, der Expedient war und von dem sie hoffte, daß er uns helfen würde. Kipnik erklärte sich sofort bereit mitzumachen, und ich sprach deshalb mit ihm, ob er Fräulein Augustin und mich beistehen wolle, eine Leiche zu besorgen. Kipnik erwiderte: Jawohl, die Sache wird gemacht. Wenn es mit der Leiche nicht klappen sollte, dann müssen wir eben so einen schnappen. (Große Bewegung.) Diesen Gedanken wies ich anfangs zurück, doch drang Fräulein Augustin immer stärker darauf, daß wir einen Autobrand mit einer Leiche vorzutauschen sollten. — Vors.: Bei der ersten Mordfahrt haben Sie den Diktowagen gefahren, während Kipnik und die Augustin im Adlerwagen saßen. — Angell.: Unser Plan war, einen Menschen zu erschließen und ihn dann im Diktowagen zu verbrennen. Tatsächlich haben wir bei der Drischaff Sorkitten einen unbekannten Mann getroffen, dem wir zuriefen, stehenzubleiben, und den wir boten, er möge uns den Weg zeigen. Ich sah am Steuer, während der Unbekannte sich neben mich setzte. Hinter der Drischaff Sorkitten bremste ich plötzlich, und Kipnik schlug nun mit dem Totschläger decimal auf den Mann ein. — Vors.: Was war nun, als Kipnik auf den Fremden losgeschlagen hatte? — Saffran: Die Schläge hatten nicht richtig getroffen, denn der Fremde sprang aus dem Wagen heraus, so schnell, daß ein Teil seines Rockes hing blieb, und flüchtete.

Am 12. September sprach ich nochmals mit Fräulein Augustin über unsere Lage und erklärte ihr, daß ich den Mut zu einem Mord nicht ausbräuhle. Darauf entgegnete mir die Augustin: „Dann werde ich noch einmal mit Kipnik reden.“ Das tat sie auch und nach einer halben Stunde kam sie zu mir und sagte: „Es ist alles in Ordnung. Heute abend komme ich mit.“ Zunächst ging ich in meine Wohnung, um zu essen. Nachdem ich gegessen, holten wir den Adlerwagen heraus und Kipnik und ich fuhren los. In Nikolaiten tranken wir beide Bier. (Laut weinend.) Ich hatte den Mordgedanken immer von mir gewiesen, sogar noch zu diesem Zeitpunkt. Zwischen 11 und 12 Uhr nachts waren wir in Bögen. Im Auto hinten lag ein Teppich, in den wir das Opfer einwickeln wollten. Ich hatte keinen Mut und sagte zu Kipnik: „Wir fahren nach Hause.“ Kipnik aber jagte:

„Heute nacht muß es passieren, sonst ist es zu spät. Sie wissen, daß morgen Wechselproteste kommen.“

In der Nähe von Luisenhof sahen wir einen Fußgänger vor uns. Kipnik sagte: „Bleiben Sie hier stehen, ich werde den Mann ansprechen.“ Ich antwortete: „Ich kann nicht.“ Darauf sagte mir Kipnik sehr energisch: „Dann lassen Sie mich zum Donnerwetter aussteigen.“ (Laut weinend.) Da habe ich ihn aussteigen lassen und bin in rasendem Tempo etwa zwei Kilometer bis zu einer Kreuzung weitergefahren. Ich hatte nur den einen Gedanken: „Um Gotteswillen, er wird es doch nicht tun.“ An der Kreuzung drehte ich den Wagen um und fuhr in schnellstem Tempo zurück. Plötzlich sehe ich aus dem Walde einen Mann herauskommen, der den Arm erhoben hat. Es war Kipnik, der mir zuwinkte. Ich hielt an, ich

konnte kaum sprechen. Kipnik machte die Tür hinten auf, riß den Teppich heraus und sagte zu mir:

„Ich habe einen, er liegt im Graben.“

Ich konnte mich nicht rühren und nicht bewegen, ich war völlig gelähmt. Kipnik rief mir dann zu: „So, jetzt aber im schnellsten Tempo los.“ Ich merkte, daß etwas Schweres in den Wagen fliegt und gebe Vollgas. Wir fuhren dann nach Rastenburg und brachten die Leiche auf den Speicher, wo sie im Teppich liegen blieb. Das ist die volle Wahrheit, meine Herren. Wenn ich bisher nicht alles erzählt habe, so geschah das, um Kipnik zu schonen. (Kipnik lacht.) Am nächsten Tage besorgten Kipnik und ich zwei Kannen Benzol, die wir auf den Speicher brachten. Nachts um 1 Uhr ging ich mit Kipnik auf den Möbelspeicher.

Wir gossen das Benzol aus den beiden Kannen auf dem ganzen Speicher aus, besonders aber in der Nähe der Leiche, die wir auf mehrere Teppiche gelegt hatten, und dann steckte Kipnik das Benzol an.

Vorher hatte Kipnik dem Toten meinen Siegelring auf die linke Hand gesteckt, hat ihm die Uhr und die Schlüssel in die Taschen und schließlich auch meine goldenen und silbernen Kragenknöpfe in das Hemd getan. Darauf ging ich aus dem Lager weg und als ich etwa fünfzig Meter fort war, sah ich, daß Kipnik am Ausgang stand und eine Zigarette rauchte. Unmittelbar darauf erfolgte eine Explosion. Ich lief nun in die Wohnung von Fräulein Augustin, wo ich den ganzen Tag und auch die nächste Nacht bis gegen 3 Uhr blieb. Dann kam die Augustin und sagte: „Jetzt ist es Zeit, jetzt können Sie nach Berlin fahren.“ Vors.: Während Sie nun am nächsten Tag in der Wohnung der Augustin waren, ging diese an die Brandstelle und rief immer wieder weinend, daß Sie in dem Speicher gewesen und bei dem Unglück verbrannt seien. Wie sind Sie dann gelöhnt? Angell.: Fräulein Augustin hatte meinen Chauffeur Red bestellt, der mit meinem Wagen nachts außerhalb der Stadt wartete. Wir fuhren bis in die Nähe von Königsberg, wo ich ausstieg. Ich ging dann durch die Stadt zum Bahnhof und fuhr nach Frankfurt a. d. Oder und von da nach Berlin. Hier ging ich zu dem Bruder der Augustin in der Lausitzer Straße. Augustin nahm mich in seiner Wohnung auf und ich erzählte ihm, daß ich mich verbergen müsse, weil ich den Möbelspeicher angezündet hätte. Ich blieb

sieben Wochen in der Wohnung, ließ mir einen Vollbart wachsen, eines Tages eignete ich mir dann die Papiere Augustins an und verließ die Wohnung,

weil ich es einfach nicht mehr aushielt. Ich kaufte mir von dem letzten Geld eine Fahrkarte nach Hamburg, um von dort ins Ausland zu fliehen. Aber in Spandau erkannte mich ein Bahnbeamter, der in Rastenburg früher tätig war, und so wurde ich in Mittenberge verhaftet. Vors.: Angeklagter Saffran, wie ist denn nun Ihr Opfer, der Mörder Dahl, gestorben? Angell.: Kipnik sagte mir, er habe ihm drei Schüsse ins Herz gegeben. Ich habe das selbst nicht mit angesehen. (Weinend.) Meine Herren, ich führe ja damals ein Doppelleben. Zu Hause mußte ich fröhliche Miene vortauschen und nachts ging ich auf die Menschenjagd. Ich habe auch den Brand nicht selbst angelegt.

Damit war die Vernehmung Saffrans abgeschlossen und es wurde die Angeklagte Ella Augustin vernommen, die 1922 in Saffrans Geschäft eingetreten ist. Die Angeklagte schilderte, wie das Geschäft bergab gegangen sei und sie sich damals entschlossen habe, mit Saffran zusammen Fälschungen zu begehen, um Geld

für das Geschäft heranzuschaffen. Von den beiden Postbeamten habe sie die Briefe der Abzahlungsfinanzierungs-Gesellschaft leicht herausbetonten und verbrannt, um ihre Fälschungen zu verdecken. Eines morgens kam Saffran ins Geschäft und sagte zu mir:

„Haben Sie die Geschäfte von Techner gelesen? So werde ich die Sache auch machen.“

(Große Bewegung.) Er kam nun von dem Gedanken der Technerischen Tat nicht mehr los. Am folgenden Tage sagte er mir, er wolle einem Totengräber gern 100 M. bezahlen, wenn er eine Leiche bekommen könnte. Kipnik sollte die Leiche besorgen, aber Saffran sagte das in einem lächerlichen Ton, so daß ich nicht an den Ernst der Sache glaubte. Vors.: Sie sollen bei dem Mord stets die treibende Kraft gewesen sein? Angell.: Ausgeschlossen, ich habe Saffran selbst immer wieder vorgeschlagen, daß wir uns wegen der Betrügereien dem Bericht stellen wollten, weil ich gehört hatte, man werde dann milder beurteilt. Vors.: Wie benahm sich Saffran am Morgen nach dem Mord, also am 13. September? Angell.: Ich kam etwas später ins Geschäft, und Saffran kam mir sehr vergnügt entgegen und sagte zu mir: „Na, diesmal haben wir doch einen mitgebracht.“ Ich glaubte das nicht, aber da kam Kipnik, der über das ganze Gesicht strahlte und sagte: „Jawohl, kurz vor Rastenburg haben wir einen erwischt. Ich habe es geschafft.“ Jetzt wurde ich doch stutzig, zumal auch Saffran noch hinzufügte:

„So, nun kann es am Sonntag brennen.“

Vors.: Hat Ihnen Kipnik die Einzelheiten der Tat erzählt? Angell.: Damals nicht. Erst später im Untersuchungsgefängnis. Dabei hat Kipnik noch gesagt: „Einen feinen Chef haben wir. Ich habe ihm die Leiche besorgt, ich habe das Lager angesteckt und jetzt läßt er uns derartig im Stich. Die Angeklagte schilderte dann ausführlich die Brandvorbereitungen, an denen sie nach ihrer Angabe mitgeholfen sich geweigert habe. Auf eine eindringliche Frage des Vorsitzenden, gibt die Angeklagte zu, daß sie mit Saffran ein Liebesverhältnis gehabt habe und daß sie bedingungslos alles getan habe, was er von ihr verlangt habe.

Hierauf wurde unter großer Spannung des ganzen Saales der dritte Angeklagte, Kipnik, vernommen, der, wie zu erwarten war, seine beiden Mitangeklagten in schwerster Weise belastete. 1927 sei er bei Saffran als Expedient eingetreten. Saffran habe ihm, der damals vierzehn Monate arbeitslos gewesen sei, freiwillig 350 M. zur Verfügung gestellt, um seine Schulden zu bezahlen. Im Juni 1930 sei die Angeklagte Augustin zu ihm gekommen und habe ihm erzählt, das Geschäft gehe so schlecht, daß man nicht mehr ein und aus wisse. Saffran lasse ihn, Kipnik, fragen, ob er helfen wolle, um den verfahrenen Katzen in Ordnung zu bringen. Ich ging daraufhin zu Saffran und sagte: „Sie haben mir mal aus der Not geholfen, jetzt will ich Ihnen helfen.“ Saffran sagte mir, daß seine Schulden bereits so hoch seien, daß er einen Konkurs nicht mehr anmelden könne. Er beabsichtige, eine Leiche aufzutreiben, sie mit dem Auto zu verbrennen und die Lebensversicherung zu kassieren. Ich sagte: „Die Sache wird gemacht.“ Vors.: Wundert Sie sich gar nicht, daß die Augustin in alle diese Dinge eingeweiht war? Angell.: Nein, sie war erstens die Verleumderin von Saffran und zweitens hatte ich bereits gemerkt, daß sie

mit Saffran ein paarmal schon auf Tour war, um Menschen zu jagen.

Am 15. Juni fuhren wir, Saffran, die Augustin und ich, zum ersten Male los. Wir hatten den Diktowagen und den Adlerwagen mit. In Nikolaiten stieg Saffran mit der Augustin aus, um



„Was? Kommen Sie schon?“ fragt sie sofort. „Ja.“ Er atmet tief und sagt tastend, um den Eindruck festzuhalten, der ihn heute morgen so ins Frösteln gebracht hat: „Sie sehen aus wie Leichenfinger, so weiß — so — ekelhaft.“

Sie schaudert zusammen, lacht ängstlich, es klingt wie das Piepen eines kranken Vogels: „Was erzählst du da!“ Er schämt sich auch gleich, fühlt dunkel, daß er Gefahr läuft, seine Geltung bei ihr zu verlieren durch solche Kinderreien; aber er nimmt ihre Hand; er kann nicht anders. Sie läßt sie ihm nur zögernd, weiß nicht, wo das hin soll; das, was da zu sein, zu werden scheint in ihm: das kann sie nicht glauben.

„Ein hoher Stengel lag da auch. Da saßen zwei Spargelkäufer drin“, berichtet er weiter. „Um Gottes willen!“ erschrickt sie. „Da werden wir spritzen müssen.“

Er schweigt. Er kann ihr wohl doch nicht klarmachen, wie ihn das bedroht, geworfen hat: diese kleinen, hübschen, roten Käfer, die wie Totengräber aussehen, unter Papendiecks Leiche . . . und Papendiecks Totengräber waren sie ja auch mit gewesen . . . die auch . . . Er drückt ihre Hand fester. „Anna“, sagt er schwerfällig, mühsam, „dein Haar, Anna.“

Sie fahren beide zusammen: ganz nahe beim Hause heult es, laut, wimmernd.

„Rolf; das ist Rolf“, sagt sie, steht auf, tritt zur Tür hinaus — da hocht wirklich der Hund zwanzig Schritte vor ihr, setzt den blutigen Stumpf und wimmert. Aber als er sie sieht, schießt er erschreckt. Sie lockt ihn; umsonst.

Als sie wieder eintritt, liegt ihr Mann zur Wand gekehrt. „Er kommt nicht“, sagt sie. „Er war immer scheu, und ich habe einmal nach ihm geworfen, damals, nach der Hühnergeschichte. Aber jetzt, wo du auf ihn geschossen hast, wird er wohl an keinen mehr rangehen, außer vielleicht an Vene

Papendieck, und Vene Papendieck ist nicht da — wann wird sie eigentlich kommen?“

„Anna“, sagt er statt einer Antwort, „leg dich zu mir. Ich friere so.“

Sie legt einen kurzen Augenblick die Hände über der eingesenken Brust zusammen, eine Geste übermäßigen Glücks — und läßt sie rasch wieder sinken. Es kann doch nicht sein . . . Sie zieht sich wortlos aus, legt sich zu ihm, streichelt durch sein nasses Haar, bemerkt es nicht, daß die Decke nicht über ihren Rücken reicht, daß er den Buckel sehen kann . . .

Aber er sieht ihn nicht; es heult wieder draußen; er drückt den Kopf an ihre Brust und schläft plötzlich ein.

Nach zehn Minuten fährt er auf, streckt abwehrende Hände aus irgendeinem qualvollen Traum — findet die Frau neben sich und schiebt in sie hinein, flüchtet in die Bewegung des Lebens vor der scheußlichen Starre des Todes . . .

Zitternd vor Glück läßt sie sich nehmen.

Korns schmeckt es nicht. Es ist schon am Tage nach Papendiecks Auffindung. Aber es schmeckt noch immer nicht.

„Welchen haben wir denn heute?“ fragt Andreas und stockert in der Schüssel herum.

„Den zwanzigsten.“

„Und in der letzten Aprilwoche soll die Ernte losgehen.“ Er zeigt mit der Gabel nach draußen, zur Straße hinüber, wo der eifige Nordost den Sand durch nackte, schwarze Birkenzweige treibt, daß man das Bräseln bis in die Küche hört. Korn lacht höhnisch. „Ernte! Son Winterwetter und Ernte!“

Sie will ablenken. „Ich muß immer an den armen Papendieck denken, daß der nun plötzlich nicht mehr mitmachen kann . . .“

Er steht mit hartem Ruck auf, tritt ans Fenster, spricht gegen die Scheiben: „Papendieck hats gut. Der hat sich rechtzeitig aus dem Staub gemacht.“

„Sag sowas nicht, Andreas.“

Er lacht nur trocken auf, weiß auf das halbzerstörte Fachwerk der Scheune. „Das werden wir auch nicht vorm Herbst machen können. — Oder hast du Geld für Holz?“ fährt er sie an, als hätte sie widersprochen.

„Nein.“

„Ich auch nicht. Und deine Solokiefer gibst du doch nicht her, ehe sie uns nicht aufs Dach fällt. Für alles unnütze Zeug seht du dich ein.“

„Red du nur nicht! Hast du dich nicht für deine ganze unnütze Landwirtschaft —“

Schmizer kommt und unterbricht die kleine Keiberei — eine von denen, die jetzt leider alltäglich werden bei ihnen, und deren sie sich schämen. Es gibt eine Not, die größer macht; aber die Not vom Stubbenland ist von der Art, die kleinlich macht; das ist die schlimmere Art.

Schmizer hat sich erboten, in Venes freiwilliger Vertretung zu Gemeindevorsteher und Arzt zu fahren und die notwendigsten Schritte einzuleiten. Man hat sich über seine Bereitwilligkeit gewundert und ihn gewähren lassen, froh, die lästige Arbeit los zu sein — wie Vene selbst zu erreichen ist, weiß man nicht. Jetzt ist Schmizer zurück.

Er bleibt in der Tür stehen, verneigt sich hastig und häufig mit aufgeregter Devotheit. „Es ist alles erledigt, Herr Korn. Der Arzt und der Gemeindevorsteher kommen heute abend.“

„Na, ist gut. Danke schön muß Fräulein Papendieck sagen.“

„Und — und beim Pastor bin ich auch gewesen.“

„Beim Pastor?“ Andreas lacht kurz. „Sie beim Pastor? Alle Achtung! Na, wenn Sie mal sterben, Schmizer, gehe ich zum Rabbiner. Das verspreche ich Ihnen.“

„Einverstanden, Herr Korn“, sagt Schmizer knapp. Er versteht gut, daß man scherzen muß im Angesicht des Todes, weil man nicht hineinschauen kann; mitzuschmerzen aber vermag er nicht — Venes wegen.

„Wie ist es denn mit dem Sarg?“ fragt Luise schüchtern vom Tische her.

„Da war ich auch. Aber ich möchte das Fräulein Papendieck überlassen. Särge sind so teuer. Der billigste achtzig Mark.“

„Achtzig Mark — das sind hundert Pfund Spargel, erste Sorte“, sagt Korn. Er meint das nicht böse; er kann nicht mehr anders denken; das Maß aller Dinge ist ihm der Spargel geworden.

„Also einen Monat Leben“, übersetzt Luise in ihre Sprache. „Arme Vene.“

Sie schweigen eine Weile. „Der Pastor“, sagt Schmizer dann, „der Pastor kommt übermorgen.“

„Kommt? Hierher? Wieso kommt er? Der Friedhof ist doch in der Stadt! Er kann doch nicht den ganzen Weg . . .“ Schmizer zieht ein Papier aus der Tasche und tritt ein paar Schritte in die Stube. „Ja — ich habe hier ein — habe hier was aufgelegt. Das brauchen Sie bloß noch zu unterschreiben, Herr Korn!“

(Fortsetzung folgt.)

einen Fußgänger zu fassen, aber der hatte Lunte gezündet und konnte sich in Sicherheit bringen. Ich trank mir gehörigen Mut an, nahm acht Kognak, und nun fuhren wir nach Sensburg. Kurz vor Soritten trafen wir auf den Friedrichsd. Der Angeklagte Ripnik schiederte dann, wie er, von Saffron angefeuert, ausgefliegen sei und Friedrichsd. in das Auto gesteckt habe und dann, als man am Ende der Dirschofort-Sortitten war, mit dem Löffel dreimal auf den ohnmächtigsten Fremden losgeschlagen habe.

Ich will hier nichts beschönigen, ich sage ganz offen: Ich wollte den Menschen töten.

(Große Bewegung im ganzen Saal.) Ich hatte aber nicht richtig zugeschlagen, denn Friedrichsd. sprang aus dem Auto heraus, Saffron, der am Steuer saß, rief mir zu: „Warum hast du ihn nicht an der Gurgel gepackt, dann hätte er doch nicht wegtönnen?“ Die Augustin aber rief: „Nimm doch Deinen Revolver und gib ihm eine Kugel!“ Das konnte ich nicht machen, denn den Schuß hätte man im ganzen Ort gehört. Deshalb ließ ich den Friedrichsd. auch ruhig auf der Straße liegen. Nach diesem Vorfall stiegen Saffron und die Augustin aus dem Auto aus, um zu dem Digiwagen zu gehen, und ich mußte mit dem Adlerwagen allein nach Hause fahren.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung gab es sofort eine Sensation, die im weiteren Verlauf des Prozesses vielleicht noch eine Rolle spielen kann. Der Vorsitzende erklärte zur allgemeinen Ueberraschung plötzlich, daß

an den Angeklagten Saffron ein Brief aus Köln gekommen sei, den das Gericht beschlagnahmt hätte. Der Brief wurde vorgelesen und lautete folgendermaßen:

„Herr Saffron! Sie werden wohl nicht vergessen haben, daß Sie bereits im Jahre 1927 in einem Lokal in Rastenburg, wo ich als Kellnerin tätig war, sich mit einem Herrn darüber unterhalten haben, daß man einen Menschen ermorden und dann verbrennen müsse, um das Versicherungsgeld zu bekommen. Sie haben auch davon gesprochen, daß man die Leiche mit Benzol übergeben muß, damit sie vollkommen verbrenne und unkenntlich werde, dann könne die Polizei einem nichts nachweisen. Das habe ich nicht nur ich gehört, sondern das wissen auch andere Leute. Also hüten Sie sich zu lügen. A. U.“

Dieser Brief löste ungeheure Erregung im ganzen Saal aus. Auf Antrag des Verteidigers, K. Dr. Brüll, wurde die Sitzung sofort unterbrochen. K. Dr. Brüll bat das Gericht, nach Möglichkeit zu ermitteln, wer die Briefschreiberin sei, da man sie an Ort und Stelle hören müsse. Der Vorsitzende erklärte jedoch, daß die Unterschrift offenbar fingiert sei, es kaum möglich sein werde, die Briefschreiberin aufzufinden.

Nach vierzehn Tagen drang Saffron in mich und fragte, ob ich denn allen Mut verloren hätte. Ich sagte ihm: „Mein Lieber, ich habe A gesagt, jetzt sage ich auch B, aber die Sache muß anders gemacht werden, einen reinen Mord mache ich nicht mit.“ Saffron

und Ripnik seien denn auch ein paar mal losgefahren, aber es habe immer nicht geklappt. An dem kritischen Tag sagte ich:

„Herr Saffron, lassen Sie doch die Mörderlei sein, stecken Sie das Lager an, oder machen Sie einen Konkurs, dann werden wir die Sache schon schaukeln.“

(Heiterkeit.) Saffron aber wollte nicht und sagte zu mir: „Wir werden uns das Leben sehr leichter machen. Die Augustin schafft sich einen Freund an, mit dem soll sie in den kleinen Wald an der Biogelei gehen, dann schleichen wir uns hinterher und bringen den Menschen um. Dann brauchen wir uns nicht mehr die Rädte um die Ohren zu schlagen. Ich habe dann noch zwei Fahrten allein gemacht, um auf Friedhöfen nachzuschauen, ob ich vielleicht eine männliche Leiche erwischen könnte. Saffron war über meine Mißerfolge sehr enttäuscht und sagte zu mir: „Dann fahren wir beide eben noch einmal allein.“

Ich muß unter allen Umständen einen Menschen haben, oder ich muß mir selbst eine Kugel in den Kopf schießen.“

Das war an dem berüchtigten 12. September. Ich besorgte im Auftrage Saffrons 50 Liter Benzol, die ich in unserem Lager versteckte und am Abend fuhr ich Saffron und ich los. Wir kamen bis nach Löben, ohne daß sich etwas Passendes gefunden hatte.

Bei der Rückfahrt in der Nähe von der Ortschaft Queben bei Luisenhof sahen wir einen Radfahrer auf der Landstraße. Ich sah am Steuer, Saffron stieg aus und ich fuhr weiter bis zur nächsten Querhauffe, drehte um und kam zurück. In dieser Zeit ist die Tat geschehen. Ob durch Schlag oder Kugel weiß ich nicht, Saffron hat mir nicht gesagt, wie er den Menschen umgebracht hat.

Vors.: Der Angeklagte Saffron behauptet doch gerade, daß er weitergefahren sei und Sie den Mord begangen hätten? Ripnik: Ich habe leichtsinnigerweise Saffron versprochen, daß ich so ausfallen würde, aber so, wie ich es jetzt schildere, ist es die Wahrheit. Nur durch Saffron bin ich soweit gekommen. Hätte ich den Mord begangen, so würde ich es offen zugeben. Saffron hat aber immer gesagt: „Wenn wir alle drei schweigen, dann könne man uns nichts nachweisen.“ Vors.: Warum haben Sie nicht von Anfang an die Dinge so geschildert, wie Sie es heute tun? Ripnik: Ich hatte Angst vor der Strafe. Saffron und ich haben die Leiche in den Teppich gewickelt und ins Auto gelegt. Dann hat Saffron das Rad des Toten im Walde versteckt. Vors.: Saffron behauptet, daß Sie das Rad versteckt haben. Ripnik (sehr heftig): Weil der Kerl nicht den Mut hat, seine Tat hier zu bekennen. Dann schilderte Ripnik, wie er mit Saffron die Leiche aus dem Auto in das Lager geschleppt und alle Vorbereitungen für die Brandstiftung getroffen habe, wobei die Augustin ihnen geholfen habe.

waren unterdessen an das Bankhaus Gildemeister und an den Bankier Beck übergegangen — eine Reforderung von 85 000 M. gestellt hatte. Angesichts dieses Gutachtens erklärten sich die neuen Eigentümer des Häuferskomplexes bereit, von ihren Forderungen an die Mieter 100 000 M. zu streichen — es handelt sich um fünfjahresverträge — und dementsprechend die Mieten niedriger zu berechnen.

In der gestrigen Verhandlung ergab es sich, daß 190 Mieter von den 200 bereit waren, sich mit den neuen Mieten zufrieden zu geben. Der Verteidiger beantragte darauf Einstellung des Verfahrens wegen Unerheblichkeit des Objekts. Ganz unerwartet erstatteten jedoch vier von den zehn Mietern, die sich nicht geäußert hatten, eine neue Strafanzeige gegen die Baufirma sowohl wegen Raummüßers als auch wegen Betruges. Sie behaupteten, daß die Firma Heinicke die Hauszinssteuer von der Wohnungsfürsorgegesellschaft auf Grund falscher Angaben erschwindelt habe; sie habe den Preis des Grundstückes viel billiger angegeben als dies der Fall war. Laut den Bestimmungen soll die Hauszinssteuer als Bauzuschuß nur bei billigen Grundstücken abgegeben werden, damit die unermittelte Bevölkerung billigere Wohnungen erhält. Der Staatsanwalt beantragte angeichts der neuen Anzeige Vertagung der Verhandlung zwecks neuer Ermittlungen.

Heinickes Luxusbeihilfe.

Mißbrauch mit Hauszinssteuer.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand gestern eine Verhandlung statt, die großes öffentliches Interesse beanspruchen darf. Die verurteilte Baufirma Heinicke stand unter Anklage des Raummüßers.

Die Firma hatte mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken Cde Wittelsbacher- und Jähringerstraße in der Nähe des Ollauer Platzes einen Häuserblock mit 200 Wohnungen errichtet. Von der Wohnungsfürsorgegesellschaft wurde bei Verleihung der Hauszinssteuerhypotheken verlangt, daß von den Mietern kein Bauzuschuß zu zahlen sein würde. Statt dessen verlangte die Baufirma aber von den Mietern „Luxusbeihilfe“. In Wirklichkeit unterschieden sich aber die Wohnungen in nichts von sonstigen Wohnungen. Die Mieter, die den Bauzuschuß gezahlt hatten, fühlten sich benachteiligt und legten bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft Beschwerde ein. Diese setzte nun von sich aus eine Miete fest, die 15 Proz. niedriger als die übliche Miete war, jedoch mit den gezahlten Bauzuschüssen der normalen Miete entsprach. Die von der Baufirma geforderte Miete stellte sich bei Hinzurechnung des Luxuszuschusses 30 Proz. über die normale Miete. Gleichzeitig erstattete die Wohnungsfürsorgegesellschaft auch Strafanzeige wegen Raummüßers. Der Sachverständige der Staatsanwaltschaft, Dr. Küster, erstattete sein Gutachten dahin, daß die Baufirma Heinicke — ihre Anteile

Rinoräuber geständig.

Reklame Klärung des Ueberfalls.

Der Raubüberfall auf das Ehepaar Thomas in der Bornholmer Straße, über den bereits berichtet wurde, kann jetzt als ganz geklärt gelten.

Der festgenommene Schlosser Bruno Schulz und der ebenfalls verhaftete Blankenburg haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Schulz hat zugegeben, daß er auf Anraten des noch flüchtigen Timm einen Schlüssel für das Haus zurechtgestellt hat. Blankenburg, der als Besitzer des Motorrades schon ermittelt war, zunächst seine Teilnahme am Ueberfall aber geleugnet hatte, gibt jetzt zu, daß er selbst mit seinem Rad nach der Bornholmer Straße gefahren ist. Timm sah hinter ihm auf dem Soziusflügel. Auch der Chauffeur Butt ist bei der Teilung der Beute nicht leer ausgegangen, er hat eingeräumt, daß man ihm 200 Mark abgeben hat. Gesucht wird nun noch der Anstifter, der 32 Jahre alte Karl Timm.

Neue Säuglingsfürsorgestelle in Spandau.

Der Magistrat hat dem Antrag des Bezirksamts Spandau auf Einrichtung einer neuen Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle im Stadtteil Wilhelmstadt unter der Bedingung zugestimmt, daß nicht mehr als 2548 M. laufende Kosten entstehen.

uhr-Ladenschluß am Heiligen Abend“ zu reiten und er verlangt in vollem Ernst, daß diese den Angefallenen zugute kommende Bestimmung wieder beseitigt werde. Herr v. Celsing, der Vorsitzende des Zentralamtes für Herrenmode, betonte, daß die Vereinfachung der Herrenkleidung darauf beruhe, daß sich im Schnitt der Oberbekleidung wenig verändere. Dadurch käme den Attributen der Herrenmode, der Wäsche und der Kravatte, größere Bedeutung zu und die farbliche Zusammenstellung des Herrenanzuges spiele die Hauptrolle.

Gastod eines Blindenpaares.

Zur Selbstmord kein Anlaß vorhanden.

Ein junges Gasunglück, dem ein betagtes Blindenpaar zum Opfer gefallen ist, ereignete sich gestern im Hauje Oranienstraße 188.

Im Hinterhaus hat der 66jährige blinde Korbmacher Franz Handlke eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Den Haushalt leitete eine 62jährige ebenfalls blinde Frau Helene Vojte. Die beiden Leute lebten seit Jahren in größter Harmonie zusammen. Beide bezogen Rente und verdienten durch Blindenarbeiten noch etwas hinzu. Als gestern nachmittag aus der Wohnung des blinden Paares Gasgeruch drang, schöpften Mieter sofort Verdacht und alarmierten die Polizei. Als die Beamten gewaltsam eindringen, fanden sie Handlke und Frau Vojte in dem völlig mit Gas erfüllten Schlafzimmer tot auf. Es handelt sich nach den bisherigen Feststellungen zweifellos um einen Unglücksfall.

Ein freuer Bruder.

Herbert Urban nimmt Selbstbeziehung zurück.

Gestern wurde Herbert Urban, der Bruder des der Ermordung des Geschäftsführers Schmolzer bezichtigten Aristen Urban, vom Untersuchungsrichter vernommen. Er blieb zunächst, obwohl ihm verschiedene Widersprüche in seiner Aussage vorgehalten wurden, bei seiner Behauptung, bei der Tötung Schmolzers zugegen gewesen zu sein. Als ihm jedoch sein Bruder Karl gegenübergestellt wurde und auf das bestimmteste erklärte, Herbert sei bei der Tat nicht zugegen gewesen, gab dieser die Unwahrheit seiner bisherigen Angaben zu, die er nur aufgestellt habe, um damit seinem Bruder Karl zu helfen. Auf Grund dieser Rücknahme der Selbstbeziehung hob der Untersuchungsrichter den gegen Herbert Urban erlassenen Haftbefehl auf.

Großfeuer in Adlershof.

Benzineexplosion in einer Schlauchfabrik.

Auf dem Gelände des Eisenbahnziskus in Adlershof, Rudower Chaussee 5, wurde gestern abend eine langgestreckte Wohnbaracke durch ein Großfeuer nahezu zerstört. Mehrere Familien haben einen großen Teil ihres Hab und Gutes eingebüßt. Beim Erscheinen der Feuerwehren brannte ein großer Teil der Wohnbaracke bereits lichterloh. Es mußten sofort sieben Schlauchleitungen eingeführt werden, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern und die angrenzenden Gebäude vor der Vernichtung zu schützen.

Bei einer Explosion von Benzindämpfen in der Schlauchreifensfabrik von Wehly in der Waldmarstr. 60 erlitt die 24jährige Arbeiterin Ella Sühmann aus der Waldmarstr. 65 schwere Brandwunden. Die Verunglückte fand im Behanien-Krankenhaus Aufnahme. Das entzündete Feuer konnte schnell gelöscht werden.

Frühlingskonzert des Kinderchors.

Der Schwarzmeierische Kinderchor, der in Berlin bereits über ein Vierteljahrhundert besteht und seit Schwarzmeiers Tod vom Chorleiter Bernhard Klau geleitet wird, gab sein alljährliches Frühlingskonzert in der Staatlichen Hochschule für Musik. Der etwa zu einem Konzert dieses Chors, weil er aus Kindern zusammengesetzt ist, mit der Erwartung kommt, die bescheidenen Gesangsdarbietungen seiner Schulklassen zu hören, der erst eine angenehme Ueberraschung. Dreihundert Kinder mit guter Stimme und musikalischer Begabung, sorgsam ausgewählt und prächtig gekleidet, boten wieder eine tüchtige und sehr beachtenswerte Leistung. Dem Volkslied und im Kunstgesang, mit erstem wie mit heiteren Gaben, eroberte sich der Chor, siegreich unter Klau's fester Führung, die Herzen der erfreuten Zuhörer. Beifallsstürme dankten der Sängerschaft, Beifallsstürme auch dem in dem Konzert mitwirkenden Professor Dahle, der in Klavierarrangements (Bach, Chopin) sein Meistertum bewährte.

Reichsfeisenmesse in der Neuen Welt.

Die Reichsfeisenmesse 1931 wurde in den geräumigen Räumen der Neuen Welt in der Berliner Hagenheide eröffnet. Als Vorkonferenz bietet sie Groß- und Kleinhandel Gelegenheit, die Neuheiten der Feisenbranche neben den bewährten alten Erzeugnissen zu kaufen. Sie ist Veranstaltung von vier größten Feisenhandelsverbänden Deutschlands, der Einkaufszentrale der Feisenhändler von Groß-Berlin, dem Einkaufsverein Berliner Feisenhändler, dem Reichsfeisenverband Deutscher Feisenhändler, dem Zentralverband der Feisenhändler Deutschlands. Eugen Wegener begrüßte im Namen der Messeleitung die zahlreich erschienenen. Er betonte, daß es auch in dieser wirtschaftlichen Depression durchaus notwendig sei, alle Möglichkeiten zu bieten, um preiswerte und zuverlässige Artikel zu finden und zünftig einzukaufen. Eine möglichst genaue Kenntnis der Märkte ist für die Händler heute besonders wichtig. Für die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sprach Dr. von Boll, für das Mittelstandstarell dessen Geschäftsführer Ranz. Die reizvolle Warenchau umfaßt alle Arten von Seiten, Korzümerien, chemischen und technischen Waren und Bedarfsartikeln für Küche und Haus. Sie ist auch am heiligen Dienstag, von 15 Uhr bis 23 Uhr, geöffnet. Neben zahlreichen Berliner Firmen haben auch zahlreiche auswärtige Häuser die Messe besucht. Außerdem sind zwei ausländische Firmen zur Stelle: Lanterrie u. Maroquinerie Belges aus Saenhem-lez-Brugelles und Bider u. Co. aus Paris.

Englisches Militärflugzeug abgestürzt. Ein Flugzeug der englischen Luftstreitkräfte stürzte bei Koushottland aus beträchtlicher Höhe ab. Die beiden Piloten wurden auf der Stelle getötet.

Ordner der Proletarischen Feiertage. Sonntag, den 29. März, früh 8 Uhr, Ordnungsdienst im Theater am Bülowsplatz bei den Jugendlichen. Erscheinen aller dringend notwendig.

Oeffentliche Frauenversammlung

109. Abt. — Friedrichshagen, am Mittwoch, dem 25. März, 20 Uhr, im Restaurant Stadtheater am Marktplatz. „Der Kampf um den § 218.“

Referent: Oberregierungsrat Dr. med. Goldmann.

Probleme des Spezialhandels.

Der Reichsverband Deutscher Herrenausstattungs-Geschäfte hatte den Wunsch, die Öffentlichkeit in einer Pressebesprechung über die Sorgen des modischen Spezialhandels zu unterrichten. Nach Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden G. Kattner sprach Syndikus Dr. Jügel über Aktuelle Probleme des Spezialhandels. Man entnahm daraus, daß sich die Arbeitslosigkeit in den Geschäften der Herrenausstattungsbranche an der Peripherie der Großstädte besonders verheerend auswirke. Umfahrrückgänge bis zu 35 Proz. seien zu verzeichnen. Berlin habe ein Minus von 23 Proz. und im Reich sei der Durchschnitt des Rückganges 25 bis 28 Proz. Für die Herrenausstattungs-Geschäfte kämen neben den allgemeinen Gründen des Umsatzschwundes noch besondere hinzu, die die allgemeine Aufmerksamkeit verdienen. In dieser Notzeit sei die Damenmode komplizierter denn je. Da der Mann in der Bedarfsdeckung stets hinter Frau und Kindern zurückstehen müsse, litten die Branchen, die Artikel für den Mann herstellten und vertrieben, besondere Not. (Eine sehr ansehnliche Behauptung. D. Red.) Die Herrenausstattungsbranche wünsche, daß in der heutigen Notzeit jede Kompliziertheit der Mode vermieden werde. Leider konnte es der Redner sich nicht verjagen, das alte Parade Pferd der Mittelständler, den „Zünft-

Zur Bereitung
von Suppen und Soßen

MAGGI'S
Fleischbrühe



Funkwinkel.

Das Schallplattenarchiv der Funkstunde ließ am Sonntag für einige Minuten die Stimme Hermann Müllers lebendig werden. Man hörte Worte, die er an der Bahre Streifmanns gesprochen hatte, einen ehrfurchtsvollen, dankbaren Gruß an den verstorbenen Staatsmann, der aufopfernd, ohne Rücksicht auf seine schwer erschütterte Gesundheit, seinem Land und Volk bis zum letzten Atemzug gedient hat. Es war im tiefsten ergreifend, in Hermann Müllers Stimme diesen Nachruf zu vernehmen, der Wort für Wort nun sein eigener sein könnte. — Eine „Frühlingsfeier“ veranstaltete am Samstag das Arbeiterkulturkartell Groß-Berlin. Musikvortrage und Rezitationen umrahmte eine Ansprache von Ministerialrat Dr. Heinrich Becker, die ein Aufruf wurde zum Frühlingswillen aller Schaffenden. Die Frühlingshoffnung „Alles, alles muß sich wenden“, gilt, so führte der Redner aus, nur dann, wenn die Menschen bereit sind zur tatkräftigen Mithilfe. Nur dem zielbewußten Handeln ist Erfolg beschieden. Wir müssen lernen, daß alles Tun getragen sein muß von dem Bewußtsein der Verantwortung für die Gesamtheit. Mit trauernden Worten gedachte Dr. Becker Hermann Müllers, der allezeit ein Vorbild darstellte für verantwortungsbewusstes Wirken. Wenn jeder so bestrebt ist, seinen Platz in der Gemeinschaft auszufüllen, ist die wahre Freiheit gesichert. Kein „Retter“ vermag sie zu erringen; nur die Gesamtheit aller Schaffenden kann sie erkämpfen und erhalten.

Der wichtige Vortrag „Aus der Praxis der Eheberatung“ am Montag war leider auf eine so frühe Stunde gelegt worden, daß er dadurch sehr vielen Hörern unzugänglich wurde. Dr. Friedrich Karl Scheumann berichtete von Einzelfällen, in denen die Eheberatungsstellen Rat und meist auch Hilfe bringen konnten, und zeigte daran, wie ausgedehnt das Arbeitsgebiet dieser Beratungsstellen ist. Gerade diese einfachen Schilderungen von Problemen des täglichen Lebens waren sehr geeignet, das Interesse und das Vertrauen der Hörer für diese Eheberatungsstellen — die keinesfalls nur im geschlichen Sinne geschlossene „Ehe“ beraten — zu wecken. — Heber „Dichtung als Ausdruck der Nation“ sprach Rudolf G. Binding. Kunst ist nach seiner Auffassung immer ein Teil des wirklichen Lebens und Ausdruck dessen, was ein Volk im tiefsten bewegt. Ein Volk, das sich zu seiner Kunst bekennt, bekennt sich zu seiner Nation, die einen geistigen Raum, keinen geographischen Begriff darstellt. Binding hat unbestreitbar recht, wenn er sagt, daß Kunst der Ausdruck einer Nation ist; mit seiner Behauptung, daß sie ihr einziger Ausdruck sei, griff er sicherlich zu weit. Denn in allem Geistigen drückt sich eine Nation aus; Kunst ist nur ein Teil davon. — Offenbachs Operette „Pariser Leben“, in der sinngemäß nachschleifend Bearbeitung von Karl Kraus, wurde am Abend gegeben. Über es leuchtete nur dann und wann eine Wendung im Text auf. Der Zusammenhang der Handlung entfällt dem Hörer. Doch die sprühende Musik des Wertes ist so lebendig, von so mitreißender Heiterkeit, daß um ihrerwillen die Aufführung auf der Sendebühne berechtigt war. Tes.

Ausflugsvorkehr und Sonderfahrten zu Ostern. Die Verkehrsabteilung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft führt an den beiden Osterfeiertagen Sonderfahrten in die Mark durch, und zwar: nach Rheinsberg, Budow (Märkische Schweiz), Freiental, Alsenhof (Werben), Mellensee, Friedrichsthal-Fichtengrund und dem Klempner. Außerdem wird zum gleichen Termin der Ausflugsvorkehr mit Deckkommissen ausgenommen. Die Wagen verlassen morgens 9 Uhr vom Steinhilber Bahnhof nach Wandlitzsee, vom Bahnhof Zoo nach Madom, Redlich und Schildhorn und von Pantow-Nirx nach Summt. Weitere Wagen nach Bedarf.

Englisch — Französisch — Nichtiges Deutsch. Anfang April beginnen neue Nachmittags- und Abendkurse für Anfänger bei Genossin Dr. B. 50, Schildergasse 16, Gartenhaus, 3 Treppen rechts (Untergrundbahnhof Narnberger Platz). Teilnehmer mit Vorkenntnissen können den bestehenden Kursen beitreten. Anmeldungen, persönlich oder schriftlich bis zum Mittwoch, dem 1. April, läßlich 17 bis 20 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckelstraße 37-39, Hof 2. Tz. **Reichsbanner Vere.** Jahrbanner: Tiergarten, 24. März, 20 Uhr, Heimabend. Vorstand: Hermann. Vorsitz: Hermann.

Berliner Räder-Klub, gegr. 1898, über jeden Dienstag, 20^{1/2} Uhr, im Klubhaus, Dönhof 2. **Berliner ehemaliger Kriegsgeladener,** Berlin-Süden, Donnerstag, 20. März, 20^{1/2} Uhr, bei Reiter, Grimsdirt 1.

Zunferprovokation im Landtag

Scharfe Zurückweisung durch die Sozialdemokratie. — Die blutige Verantwortung von Hitler und Goebbels.

Im Preussischen Landtag begann gestern die zweite Lesung des Etats des Innenministeriums.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Heilmann (Soz.) als Berichterstatter erhielt in der Ansprache als erster Redner das Wort Abg. von Rohr (Dnat.), der erklärte, daß die Bedeutung des Innenministeriums für den Ablauf der deutschen Politik durch die Berufung Karl Severings klar gestellt worden sei. Diese Berufung sei die Antwort auf den 14. September gewesen, weil das jetzige System sich in seiner Sicherheit bedroht fühle. Die Sozialdemokratie sei einzig und allein schuld an dem jetzigen Elend. Der Verlust von Oberschlesien wäre zu vermeiden gewesen, wenn nicht die Revolution das verhindert hätte. Die Sozialdemokratie sei auch schuld an den Reparationslasten und eine Revision derselben wäre solange unmöglich als die jetzigen Nachhader am Ruder sind. Die innere Zerrüttung, die katastrophale Wirtschaftslage, seien die Quittung für eine zwölfjährige, von den Gewerkschaften beeinflusste Wirtschaftspolitik. Es sei die Parteibuchwirtschaft, der Zug zur Futtertrippe, die als korruptes System in auch in Regierungs- und Beamtenkreisen Eingang gefunden haben. (Große Unruhe links und Zurufen)

Während der Rede hat der Innenminister mit den übrigen Regierungsvertretern die Regierungsbank verlassen.)

Abg. Hubert (Soz.):

Die Achtung vor dem Hause verbietet mir, so zu antworten, wie es sich gegenüber einem so freien und unerschämten Zunferprovokation für ihn scheint die Geschichte erst am 9. November 1918 zu beginnen. Sonst müßte er wissen, daß für die jetzige Katastrophe Deutschlands ganz andere Kräfte verantwortlich zu machen sind, als die Sozialdemokraten. Das könnte ihm kein anderer besser als der Kollege Graf Pokodanoff beibringen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bereits im Februar 1917 erklärte Heilmann, wenn die U-Bootflotte nicht sticht, wäre Deutschland für immer verloren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich erinnere an das telegraphische Ersuchen Hindenburgs vom 1. Oktober 1918, sofort den Waffenstillstand abzuschließen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Angesichts dieser Tatsachen ist es eine Unerschämtheit, uns für das Elend des deutschen Volkes verantwortlich zu machen!

Nichts konnte uns besser den geistigen Niedergang der Deutschnationalen aufzeigen, als diese Rede. Früher besaßen die Deutschnationalen in ihren Reihen noch ehrenwerte Männer mit politischem Blick. Geblieben sind nur die Katastrophenpolitiker, denen der Staat nichts, politischer Haß aber alles ist.

Die Deutschnationale Partei hat aufgehört, selbständig zu sein, sie ist völlig in Abhängigkeit von den Nationalsozialisten geraten ist.

Das öffentliche Leben wird vergiftet durch die persönlich niederziehende Kritik, wie sie unter dem Schutze der Immunität z. B. in den zahlreichen kleinen Anträgen der Nationalsozialisten zum Ausdruck kommt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Schon im Hauptauschuß haben die Deutschnationalen wie immer gegen die Personalpolitik Sturm gelaufen. Wir bestreiten ihnen das Recht dazu. Die Deutschnationalen haben sich mit der Personalpolitik in Thüringen und Braunschweig sehr gut abgefunden, wo die Nazisminister ganz glatt über Beamtenrechte und Verfassung hinweggegangen sind. Sie haben dort die rücksichtslosesten Maßregelungen gebilligt.

Wir können in diesem Zusammenhang nur den einen Vorwurf gegen die preussische Regierung erheben, daß sie in ihrer Toleranz viel zu weit gegangen ist.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der nationalsozialistische Abg. Kerrl heute noch Justizbeamter in Preußen ist, oder wenn ein höherer Beamter in öffentlicher Versammlung als Vorsitzender ein Hoch auf das Dritte Reich ausbringt, so sind das ganz unmögliche Zustände. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir verlangen von der Staatsregierung, daß sie hier mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchgreift.

Wenn die Deutschnationalen dem ausichtslosen Stahelmannsbegehren nachlaufen, so muß man ihren Mut zum Selbstmord bewundern. Wir sind überzeugt, daß sie dabei auf einen Bruchteil zusammenschmelzen werden. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß die Abstimmung über die Landtagsauflösung zu einem Vertrauensvotum für die Regierung wird. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände macht angesichts der Kleinausgaben für die Wahlfahrtsverkehrsmittel dringend eine Reform notwendig. Auch auf dem platten Lande steigen die Kosten ins ungeheure, die von Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht mehr getragen werden können. Hier ist es Aufgabe von Reich und Staat, helfend einzugreifen. Die Neuordnung durch die Reichsnotverordnung hat so gut wie keinen Vorteil gebracht. Sparsamer als jetzt können die Gemeinden kaum arbeiten.

Ein besonderes Kapital ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Wenn diese in der letzten Zeit bedenklich gefährdet sind, wenn es immer wieder zum Blutergießen auf der Straße kommt,

so trägt dafür, wie für alle anderen politischen Mordtaten, die intellektuelle Führerschaft der Nationalsozialisten die Verantwortung.

Durch Redensarten, wie sie von Hitler gebraucht werden, wird in den Kreisen der Mittelschicht eine furchtbare Geistesverwirrung angerichtet. Dafür tragen die Hitler und Goebbels persönlich die Verantwortung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch hier zeigt sich die viel zu weit getriebene Toleranz des neuen Staates. Unter dem alten Regime wäre ein Mann wie der staatenlose Hitler längst ausgemieden worden! (Sehr wahr! b. d. Soz.) In einer Jugendschrift der NSDAP. heißt es: „Wir verzichten auf Volksgemeinschaft, weil wir überzeugt sind, daß die Auseinandersetzung mit der Waffe erfolgen muß.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist die unmittelbare Folge davon, wenn der Naziminister Freid offen für Gewaltanwendung zur Einführung der Diktatur eintritt.

Es ist an der Zeit, daß alle anständigen Menschen um solche Elemente einen Pefferdorn ziehen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.)

Es ist die Aufgabe der NSDAP., nach dem Willen und mit Unterstützung großkapitalistischer Kreise die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Diese Kalkulation ist sicher falsch. Auch die irreguläre Jugend wird den Weg von diesen Demagogen zu uns finden. Wir erwarten jedenfalls von der preussischen Regierung, daß sie die Verwaltung und die Exekutive zu einem festen Bollwerk der Republik machen wird. (Beifall! b. d. Soz.)

Abg. Verhülsdonk (Ztr.) tritt für die Erhaltung der Selbstverwaltung ein. Dabei müßten die Gemeindegremien in Ordnung gehalten werden. Die Verteilung der Kosten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sei fehlerhaft. Die Grenzhilfe müsse weiter ausgebaut werden.

Abg. Schwent (Komm.) wendet sich gegen die Personalpolitik des Innenministers, die keinen Kommunisten in Kommunalen Stellen duldet.

Abg. Großke (Sp.) bedauert, daß vorläufig eine regionale Verwaltungsreform nicht kommen soll. Einen so aufgeblähten Verwaltungsapparat wie jetzt könne sich das deutsche Volk nicht leisten. Wie groß die Not der Gemeinden sei, zeigten die Verhandlungen Berlins mit ausländischen Geldgebern. Die Hilfe für die Grenzgebiete sei eine Ehrenpflicht für den Staat.

Abg. von Cynnen (Sp.) erklärt, daß es angesichts der schweren Notlage der Gemeinden, jetzt schärfste Maßnahmen von Seiten des Staates bedürftig. Erst achte man einen Referentenentwurf über ein Selbstverwaltungsrecht aus, der die Welt in Aufregung versetze, und dann lasse man den ganzen Plan wieder fallen. So sei es auch beim Gesetz Groß-Berlin geschehen. Hierauf beipricht der Redner Einzelfälle der Personalpolitik.

Die Debatte wird abgebrochen und auf Dienstag, 12 Uhr, vertagt.

Husten Sie? dann Reichels Hustentropfen

Fiasche Mk. 0,70 u. 1,35, in Apotheken und Drogerien erhältlich, sonst durch OTTO REICHEL, Berlin SO, Eisenbahnstraße 4. Verlangen Sie kostenlos das reich illustrierte Buch „Guter Rat in gesunden und kranken Tagen“.

Einstweilige Verfügung

des Landgerichts Dresden gegen die Firma Dr. Willmar Schwabe, Leipzig, ist am 6. März 1931 zum Schutze der Firma Dr. Madaus & Co., Radebeul, ergangen.

Die Firma Dr. Willmar Schwabe, Leipzig, hat ein Druckblatt mit der Überschrift „Zur Aufklärung“ verbreitet, in dem behauptet wird, daß der von der Firma Dr. Madaus & Co. verbreitete Prospekt „Das Experiment beweist es“ weiter nichts als ein noch dazu recht ungeschicktes Konkurrenzmanöver und die angeführten Experimente der Firma Dr. Madaus & Co. bewußt falsch seien. Die Nachprüfung der von der Firma Dr. Madaus & Co. angeführten Experimente durch Herrn Dr. Lottemoser, Professor der Technischen Hochschule Dresden, ergibt aber die vollkommene Richtigkeit und eine Bestätigung, daß das homöopathische Präparat Dr. Madaus Verreibung Sulfur D3 eine bedeutend feinere Schwefelzerteilung enthält als das gleiche Präparat der Firma Dr. Willmar Schwabe. Auf Grund des schriftlichen Gutachtens des Herrn Prof. Lottemoser hat das Landgericht Dresden unterm 6. März 1931 gegen die Firma Dr. Schwabe eine einstweilige Verfügung erlassen (Aktenzeichen 1 C Ar 13/31), wonach der Firma Dr. Willmar Schwabe unter Androhung von Strafen für jeden Fall der Zuwider-

handlung untersagt ist, ihre gegen unsere Firma gerichtete Flugschrift mit den unwahren Angaben weiterhin zu verbreiten. — Im zweiten Teil der durch einstweilige Verfügung verbotenen Schwabeschen Flugschrift wird behauptet, daß das kolloide Präparat Dr. Madaus eine nicht so weitgehende Feinverteilung des „Arzneistoffes“ wie das Collöo-Präparat Schwabe besitze. Als Beweis hierfür zitiert die Firma Schwabe ein von ihr selbst unternommenes Experiment mit Silbernitrat. Herr Professor Lottemoser stellt hierzu fest, daß die im Schwabeschen Experiment erzielte Reaktion über einen Unterschied im Verteilungsgrad des Schwefels gar nichts aussagen vermag, sondern lediglich die mangelhafte Reinigung des Sulfur Collöo Schwabe beweist. Zu dem gleichen Ergebnis kommen in ihrem Gutachten die bekannten Kolloidforscher Prof. Dr. Wolfgang Ostwald, Universität Leipzig, und Prof. Dr. J. Traube, Technische Hochschule Berlin.

Zusammenfassend ergibt sich für uns aus den Gutachten der drei hervorragenden Fachleute:

1. In der homöopathischen Verreibung von Sulfur D3 Original Madaus ist der Schwefel der derzeitigen Herstellungstechnik feiner zerteilt und reaktionsfähiger als bei Dr. Willmar Schwabe.
2. Bei der Gegenüberstellung des Schwabeschen „Collöo“ mit dem Madausschen „kolloidale“ beweist der Versuch mit Silbernitrat nicht den feineren Zerteilungsgrad, wohl aber die mangelnde Reinheit von Sulfur Collöo Schwabe.

Wenn also die Firma Dr. W. Schwabe den Satz prägt:

„daß die gewöhnliche homöopathische Verreibung Sulfur D3 Original Schwabe dem entsprechenden Madausschen Erzeugnis zum mindesten ebenbürtig ist und daß in dem von der Firma Dr. Willmar Schwabe in den Handel gebrachten Präparat „Sulfur Collöo“ ein feiner verteiltes Schwefelpräparat vorliegt als in dem von der Firma Dr. Madaus & Co. bereitgestellten Sulfur kolloidale“.

so ist die Haltlosigkeit der für diesen Satz angetretenen Beweisführung erwiesen durch die als Gutachter von uns herangezogenen Autoritäten.

Dr. Madaus & Co., Radebeul-Dresden

Sowjetöl im Fünfjahresplan.

Pläne über Menschenmaß. — Viele ungelöste Fragen. — Die russische Sphing.

In dem gewaltigen Umbildungsprozess der russischen Wirtschaft erfüllt das Erdöl eine lebenswichtige Doppelfunktion. Nach innen ist es der unerlässliche Grundstoff, aus dem die mechanisierte Landwirtschaft ihre Antriebskräfte, die Eisenbahnen ihr Feuerungsmaterial, die Industrie ihre Schmiermittel und die Masse des Volkes ihr Licht empfängt. Nach außen ist es eine Hauptquelle für die Befriedigung des unstillbaren Devisenhunglers der Sowjetmacht. In steter Wechselwirkung bedingt und treibt eine Funktion die andere. Je weiter die Industrialisierung fortschreitet und je mehr die Landwirtschaft kollektiviert und „traktoriert“ wird, desto rascher wächst der Öl- und Treibstoffbedarf. Und je mehr sich die Industriegrundlagen Sowjetrußlands verbreitern, desto stärker wird das Bedürfnis nach technischer und kapitalmäßiger Hilfe des Auslandes, d. h. nach ausländischen Maschinen und Werkzeugen, nach Transportmitteln und Geräten tausendfacher Art, desto größer also auch der Valutabedarf. So wurde und ist das Petroleum

ein Lebenselement der Sowjetwirtschaft.

Aus der Erkenntnis dieser Funktionen ergab sich die Zielsetzung der russischen Ölpolitik ganz zwangsläufig. Sie gipfelte in der maximalen Steigerung der Produktion, weil nur aus dieser der rapid anwachsende Inlandsverbrauch und gleichzeitig auch der zunehmende Devisenbedarf befriedigt werden konnten. Die außerordentliche Tempobeschleunigung des Industrialisierungsprozesses, die der mehrfach nach oben korrigierte Fünfjahresplan diktiert, bedeutete automatisch auch eine umstürzende Ausweitung des bisherigen Aufgabenzirkels der russischen Ölindustrie. Die Frage drängt sich auf, ob sie auch wirklich in der Lage sein wird, die ihr gesteckten Ziele zu erreichen.

Um die Dinge zu begreifen, muß man sich ein Bild machen von der bisherigen Entwicklung der russischen Petroleumindustrie. Daß sie über die reichsten Vorkommen der Welt verfügt, ist ausreichend bekannt. 1913 betrug der Anteil Rußlands an der Weltausbeute an Rohöl 16,31 Proz.; um die Jahrhundertwende war es noch die Hälfte. Der unaufhaltbare Aufstieg der amerikanischen Oelgewinnung und die gleichzeitige Stagnation der russischen waren die Ursache dieser Verschiebung. Im Jahre 1920, nach den Verstörungen durch Krieg und Revolution, war die Rohölausbeute auf 3,67 Millionen Tonnen oder nur 3,66 Proz. der Weltproduktion herabgefallen.

Seit 1920 ist die russische Ölindustrie unter unerhörten Anstrengungen planmäßig wieder aufgebaut worden.

Die Anlagen wurden erneuert, die Arbeitsmethoden verbessert, neue Raffinerien, Rohrleitungen und Tanks errichtet. Dem Petroleum galten alle Sorgen der Sowjets. So stieg die Rohölausbeute von 3,79 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 1920/21 auf 11,59 Millionen Tonnen im Jahre 1927/28, um mit 13,63 Millionen Tonnen 1928/29 die höchste Vorkriegsproduktion (1901 mit 12,16 Millionen Tonnen) erstmalig zu überschreiten. Das letzte Rechnungsjahr 1929/30 brachte eine weitere Zunahme auf 17,2 Millionen Tonnen. In entsprechendem Abstand konnte auch die Verarbeitung des gewonnenen Rohöls erhöht werden.

Dieser Aufstieg der Ölindustrie war jedoch nichts Außergewöhnliches. Seine natürlichen Vorbedingungen waren im ungeheuren Reichtum der russischen Oelfelder gegeben, und bei der besonderen Aufmerksamkeit, die ihr von Anbeginn an geschenkt wurde, war es nur selbstverständlich, daß die Produktionserfolge nicht ausblieben. Auch die Aufgabe der Devisenbeschaffung wurde erfüllt, denn die hochwertigen Produkte (Benzin, Leuchtöl, Gasöl, Schmieröle) gingen größtenteils ins Ausland und brachten steigende Valutazummen; die weniger wertvollen (hauptsächlich Mazut und Leuchtpetroleum) wurden — in höchst ungenügenden Mengen — dem Inlandsbedarf zugeführt. Bis hierher kann die Entwicklung der russischen Ölindustrie, im ganzen betrachtet, als normal gewertet werden.

Der Fünfjahresplan hat phantastische Ziele.

Nun aber wird durch den Fünfjahresplan die Ölindustrie gewaltig eingesperrt in das Räderwerk einer übersteigerten, unorganischen, bei aller „Planmäßigkeit“ doch planlosen Sozialisierung, und darum mußte sie auch auf die gesunden Grundlagen verzichten, auf denen sie sich bisher im ganzen entfalten konnte. Die Leistungen, die künftig von der Industrie verlangt werden, sprengen alle in dieser Beziehung gewohnten Maßstäbe. Die Plangigern für die Petroleumindustrie müssen Erstaunen erregen:

Die Rohölproduktion soll von 17,2 Millionen Tonnen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr auf 47 bis 48 Millionen Tonnen in 1932/33 gesteigert werden, also in drei Jahren um etwa 280 Proz. oder auf mehr als das Fünffache von 1913. Im gleichen Verhältnis soll auch die Verarbeitung vergrößert werden: das heißt Verdreifung der Raffinerieleistung und Bereitstellung der entsprechenden Lager tanks, Verteilungen, Umschlaganlagen, Transportmittel usw. Dieser Plan ist ohne Beispiel.

Wie steht es nun mit den Möglichkeiten und Aussichten für seine Verwirklichung?

Kann man die gleichen Gesichtspunkte und Methoden, die man etwa beim Bau eines Hochofens, eines Wasserkraftwerks oder einer Textilfabrik anwendet, ohne weiteres auch auf die Gewinnung und Verarbeitung von Petroleum übertragen? Theoretisch ja, praktisch aber, wenn überhaupt, so nur höchst bedingt. Elementare Voraussetzung ist die Ergiebigkeit der Oelvorkommen, deren Erschöpfung aber wieder nur innerhalb gewisser, von Wirtschaftlichkeitsmomenten bestimmten Grenzen möglich ist. Man kann die Ausbeutung auch der reichsten Oelfelder nicht über die Grenze hinaustreiben, bei welcher die Gefahr der Vermäuerung entsteht. Die russische Produktion bewegt sich heute schon teilweise hart an dieser Grenze. Die Auffrischung neuer Vorkommen, die nötig wäre, um diese Gefahr herabzumindern oder zu beseitigen, muß an den großen hierfür

benötigten Kapitalen scheitern. Die Investitionen für diese Zwecke bleiben sehr erheblich hinter dem Plan zurück, abgesehen davon, daß eine Gewähr für die ausgerechnete Ergiebigkeit neuer Felder überhaupt nicht gegeben ist.

So müssen die alten Produktionsgebiete, vor allem Kasu und Grosny, auf das äußerste angespannt werden. Damit sie das hergeben, was der Plan verlangt, muß in unerhörter Weise Raubbau getrieben, müssen kostbare Reserven, die bei rationaler Nutzung auf Generationen hinaus gereicht hätten, in wenigen Jahren vergeudet werden. Man kann natürlich die Ausbeute eines Feldes, sofern es reich genug ist, sehr rasch verdoppeln oder verdreifachen, aber seine Erschöpfung wird zeitlich in geometrischer Steigerung beschleunigt, indes die Ausbeute in arithmetischem Verhältnis wächst. Gelingt es also, den Plan voll zu erfüllen, so kam dieses Ergebnis nur unter schwerster Schädigung der künftigen Produktionsbasis der russischen Petroleumindustrie herab. Eher ist jedoch anzunehmen, daß die schädlichen Folgen der jetzt ins Wert gesetzten Ausbeutungsmethoden schon weit früher eintreten, was für die Sowjetmacht nicht minder verhängnisvoll wäre.

Die Zusammenhänge liegen klar zutage. Die gewaltig hochgezückte Industrie und die nicht minder gewaltig kollektivisierte Landwirtschaft brauchen rapid steigende Mengen an Erdölprodukten aller Art: ohne Petroleum kein Traktorenbetrieb, ohne

Benzin keine Autos und keine Flugzeuge, und ohne Schmieröle kein Fabrikbetrieb. Dem russischen Bauern und Arbeiter kann man kein Leuchtöl wegnehmen, aber der Traktor kann ohne Kraftstoff nichts leisten. Je vollkommener die allgemeine Planerfüllung gelingt, desto größer wird der Öl- und Treibstoffbedarf. Trifft also zu irgendeinem Zeitpunkt eine Verlangsamung in der Ölproduktion ein — und dies ist auch angesichts der einstweilen fehlenden Verarbeitungsanlagen für die Mehrmengen durchaus wahrscheinlich —, so wäre dies das schmerzliche Unglück, das die Sowjets treffen könnte. Denn es müßte entweder der Export gedrosselt werden — und das wäre von unaußenbaren Folgen für die Valutabilanz — oder der Inlandsbedarf müßte eingeschränkt werden, dann würde dies den Zusammenbruch des Fünfjahresplanes bedeuten. Man kann wohl Menschen hungern lassen, Maschinen aber stehen still und verrotten, wenn sie kein Öl und Benzin haben. Welcher Fall auch immer eintritt, jeder wäre gleich katastrophal.

Die Petroleumindustrie der ganzen Welt blickt heute gebannt auf die russische Sphing

und erwartet nichts Gutes von den immer neuen Dumpinggrößen, die sie ausgibt. Die lähmende Krisenstimmung, die die Weltmärkte beherrscht, geht nicht zuletzt von ihr aus und von der Unberechenbarkeit der künftigen Ölpolitik der Sowjets. Die Schäden, die daraus der Weltwirtschaft und damit den Arbeitsmärkten bisher schon erwachsen sind, erreichen phantastische Ziffern, und die Zukunft liegt völlig im Dunkel. Wer aber an die Dinge nahe genug herantritt, der weiß, daß es auch im Bereich des Petroleums keine Wunder gibt. Die Sphing der russischen Ölwirtschaft kann deshalb auch für Rußland Geheimnisse bergen, die nicht nur wirtschaftlicher Natur sind, sondern auch große politische Tragweite haben. —

Was wird mit dem Brotpreis?

Höhere Ausmahlung, niedrigere Weizenzölle, Schluß mit dem Futtermoggen!

Die Sozialdemokratische Partei kämpft gegenwärtig scharf gegen eine drohende Brotpreiserhöhung.

Von Mitte Februar bis Mitte März sind die Roggenpreise um 30 Mk. je Tonne in die Höhe gegangen. Der Grund für diese Preissteigerung am Roggenmarkt lag weniger in einer Verknappung des Roggens als in der starken Abnahme der Weizenvorräte, wodurch die Weizenpreise in die Höhe gingen und die Roggenpreise nach sich zogen. Daß ein Mangel an Roggen bis zur neuen Ernte entsteht, ist, wenn entsprechende Maßnahmen getroffen werden, nicht zu befürchten. Aber immerhin sind durch die schiefle Roggenpolitik die Vorräte der Landwirtschaft so zusammengeschrumpft, daß trotz der guten Roggenernte die Verminderung des Weizenangebotes diese Preissteigerung am Roggenmarkt herbeiführen konnte.

Die natürliche Folge dieser Preissteigerung war, daß auch die Weizenpreise anjagen. Jetzt wurden aber die Bäckermeister rebellisch, denn eine Preissteigerung für Mehl von 3,60 M. je Doppelzentner muß selbstverständlich ihren Profit schmälern, wenn nicht gleichzeitig der Brotpreis erhöht wird. Allorts fanden erregte Versammlungen in den Bäckereimengen statt, die der Regierung zu denken gaben: durch Verkauf von Roggen aus den Beständen der unter dem Einfluß des Reichernährungsministeriums stehenden Stützungsvereinigungen wurde der Roggenpreis wieder von seinem Höchststand von 187 M. je Tonne am 14. März auf 180 M. herabgedrückt. Auch die Mehlpreise gaben etwas nach. Trotzdem liegen sie noch um 2 M. je Doppelzentner höher als zu Beginn der Haufe.

Die Bäckermeister verspüren aber auch jetzt noch keine Lust, diese Preissteigerung aus eigener Tasche zu bezahlen, sondern verlangen, daß entweder der Roggenpreis weiter gesenkt oder der Brotpreis erhöht wird.

In Köln haben die Bäckermeister beschlossen, den Brotpreis um 2 Pf. zu erhöhen.

In Frankfurt a. M. wurde von den Bäckern eine Entschliebung gefaßt, in der die Regierung aufgefordert wird, die Mehlpreise auf eine erträgliche Höhe zurückzuführen, da sonst der bisherige Brotpreis nicht länger aufrecht erhalten werden könnte. In Berlin stellten die Bäcker ein Ultimatum an die Reichsregierung und forderten eine Senkung der Mehlpreise durch Verkauf der in Regierungshänden liegenden Getreidevorräte und Abbau der Zölle, sonst müßten sie den Brotpreis erhöhen. Am Sonnabend wurde noch ein Kompromiß vorgeschlagen, ebenso wie in Köln eine Brotpreiserhöhung von 2 Pf. je Kilogramm vorzunehmen, das heißt, das Brot um 5 bzw. 6 Pf. zu verteuern.

Solch ein „Kompromiß“ ist aber für die Arbeiterschaft unannehmbar. Es ist ein tolles Stück, der Arbeiterschaft in ihrer jetzigen Lage eine Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels zuzumuten. Das Reichsernährungsministerium, das alles getan hat, um die Getreidepreise in die Höhe zu treiben, muß jetzt dafür sorgen, daß der Brotpreis auf keinen Fall auch nur den Bruchteil eines Pfennigs steigt, wenn es nicht offen zugeben will, daß seine ganze Preisabbauaktion ein Schwindel gewesen ist und es einseitig nur die Interessen der Landwirtschaft vertritt.

Den Bäckermeistern kann nicht zugemutet werden, auf längere Zeit trotz erhöhter Roggenpreise das Brot zum gleichen Preis zu liefern. Herr Schiele wird also wohl oder übel den Roggenpreis noch weiter senken müssen, damit auch der Mehlpreis heruntergeht.

Das einfachste Mittel hierfür ist die Aufhebung des im Brotgesetz enthaltenen Verbotes, den Roggen nicht über 60 Proz. auszumahlen. Wird wie früher der Roggen wieder bis zu 70 Proz. ausgemahlen, dann können aus einem Zentner Korn 70 Pfund Roggenmehl gewonnen werden, während jetzt nur 60 Pfund ausgezogen werden dürfen. Diese Erhöhung der Ausmahlung würde ermöglichen, daß die Bäcker trotz des gestiegenen Mehlpreises das Brot zum alten Preise verkaufen können. Es war deshalb ein schwerer Fehler des Reichsrats, gegen den vom Reichs-

tag angenommenen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung dieses Paragraphen des Brotgesetzes Einspruch zu erheben.

Außerdem ist es aber notwendig, um zu vermeiden, daß die Roggenpreise noch weiter steigen, daß der Weizenzoll ermäßigt wird, denn die Verknappung der Weizenvorräte ist einer der Hauptgründe für die Roggenpreissteigerung. Erfolgt dies nicht, so wird von den Bäckern in steigendem Maße Roggenmehl zur Streckung des Weizenmehls, das 10 M. je Doppelzentner teurer ist, verbraucht und auf diesem Wege eine Verknappung an Roggen hervorgerufen.

Ebenso notwendig ist es aber auch, daß die Getreidestützungsstellen keinen Roggen mehr als Futtermoggen (selt Foinroggen) an die Schweinemäster in Nordwestdeutschland verkaufen, sondern ihre gesamten Vorräte an die Mühlen abgeben.

Für alle diese Maßnahmen ist es höchste Zeit. Eine Erhöhung der Brotpreise muß um jeden Preis verhindert werden.

Die Kleineisenindustrie klagt an!

Reichswirtschaftsministerium weicht aus.

Die Reichsgemeinschaft der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie veranstaltete gestern in Elberfeld eine Kundgebung, in deren Mittelpunkt die schwere Arbeitsnot in diesen überwiegend von kleinen und mittleren Betrieben besetzten Industriezweigen stand. In den Betrieben dieser verarbeitenden Kleinindustrie werden rund 860 000 Menschen beschäftigt, also weit mehr als das Doppelte der in der Schwerindustrie tätigen Arbeitnehmer. Die Kundgebung gestaltete sich zu einer scharfen Anklage gegen die Monopolpolitik der Eisensyndikate, deren Preisentzugsaktion für eine weitere Verbrauchssteigerung von Eisen und Stahl völlig unzulänglich sei. Nachdrücklich wurde die Forderung vertreten, den deutschen Eisenpreis auf den Stand der Weltmarktpreise zuzüglich Zoll und Fracht zu setzen.

Der auf der Tagung anwesende stellvertretende Reichswirtschaftsminister, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, wich in seiner Entgegnung einer Stellungnahme zu dieser klaren und berechtigten Forderung der Eisenverarbeiter aus. Er begnügte sich nur mit dem unverbindlichen Hinweis, daß die Reichsregierung ihre Aufgaben darin sehe, die Interessen aller Wirtschaftsgruppen gegeneinander abzuwägen und auszugleichen.

Vorkäufer der Diskontsenkung.

Wirtschaftskredite in Stuttgart verbilligt.

Die Stuttgarter Städtische Girokasse, die etwa 100 Millionen Mark an Gewerbe und Industrie ausgeliehen hat, wird den Zinssatz für Bankkredite, um der Wirtschaft damit einen Dienst zu leisten, vom 1. April ab um ½ Proz. herabsetzen, ohne für diese Kreditverbilligung auf irgendeiner anderen Seite ihres Geschäftsverkehrs einen Ausgleich herbeizuführen.

Wir haben Grund zu der Erwartung, daß die Reichsbank bald nach dem 1. April den Diskont von 5 auf 4 Proz. senken wird.

12 Prozent Dividende bei Boswau & Anauer.

Der auf den 30. April einberufenen Generalversammlung der Boswau u. Anauer A.-G. wird eine Dividende von 12 Proz. auf das um 0,83 Millionen Mark erhöhte Kapital vorgeschlagen. Im Vorjahr wurden 14 Proz. verteilt. Boswau u. Anauer fühlen sich also stark und sicher, trotz der Krise in der Bauwirtschaft.

Verbot der Zündholzeinfuhr in USA. Der Schatzsekretär der Vereinigten Staaten unterzeichnete einen Erlaß gegen die Einfuhr von Zündhölzern aus Finnland, Norwegen, Estland, Schweden, Dänemark, Österreich und den Niederlanden. Der Erlaß tritt sofort in Kraft.

Die Chlorodont-Zahnbürste

erreicht durch ihre Spezialkonstruktion (geschänter Borstentypus) die Zahnmilchräume als Schlupfmittel der Fäulniserreger und beseitigt dadurch höchsten Zahnbelag und Mundgeruch. Nur echt in Originalpackung, 1 Mark, Silberbürste 60 Pf.

Franz Vandor: Zwei unglückliche Frauen

I.

Die zwei unglücklichen Frauen begegneten einander auf der Treppe des Palazzo Vendramin.

Die eine kam aus Deutschland, und sie war sehr blond, sehr jung und sehr traurig.

Wie ein folgloser Hund lief sie hinter einem Mann mit rotem, verärgertem Gesicht her, der seit sechs Tagen ihr Gatte war, und der sie seit vier Tagen unermüdet treppauf, treppab führte, über marmorne Stiegen, zu Bildern, Statuen, Gläsern und zu den abgetragenen Mänteln der Heiligen.

Die kleine Frau ging hinter ihm her, zuerst lachend, später lächelnd, dann müde, misshütig, jetzt schon traurig, ungeduldig.

Der Mann sah nicht, was sie für ein Gesicht machte, während er die breiten Treppen emporstieg, denn er witterte alte Schmeicheleien, alte Waffen. Aus den verbläuten Vorhängen schlug ihm der Atem einer blutigen, leidenschaftlichen Vergangenheit entgegen.

„Schau, Gretel“, sprach er mit Entzücken vor einem hochrückigen Stuhl, dessen Samt entzweigefsprungen war, auf dessen Lehne sich aber Amoretten wälzten und küßten.

Gretel schaute nicht hin. Sie ging zum Fenster und starrte auf das Wasser hinaus.

Der Mann ärgerte sich für einen Augenblick, dann hatte er die Frau aber schon wieder vergessen. Sein Interesse nahm ein Stück vierhundertjähriges Leder gefangen.

Gretel wandte sich jetzt vom Fenster ab, und durch ihr Köpfchen wirbelte der Entschluß, morgen von Benedig abzureisen.

Sie hat ja schließlich nicht deshalb eine Hochzeitsreise unternommen, damit ihr Gatte alles begahe, nur nicht sie. Damit sie niemals lachen, sondern immer nur von etwas entzückt sein soll, was ihr fremd ist, was sie nicht versteht, nicht liebt, sich nicht wünscht. Dieses Benedig hat ihr ihren Fröh geräubt, dachte sie voll Schmerz. Der Aerger schnürte ihr die Kehle zu.

„Fröh!“ sprach sie mit bebender Stimme zu ihrem Gatten, der eben eine alte japanische Vase fast mit den Augen verschlang.

„Fröh“, sagte sie nochmals, „mich schau an!“

„Sofort“, erwiderte Fröh zerstreut und gaffte weiter auf die Vase.

„Fröh!“ sprach die Frau, „es ist genug! Jetzt schau schon mich an!“

„Was soll ich an dir schauen?“ fragte der einwöchige Ehemann noch zerstreuter und sehr dumm.

„Du liebst mich nicht“, sagte Gretel, aber sie weinte nicht, wie man es sonst bei solchen Gelegenheiten zu tun pflegt.

„Warum liebe ich dich nicht?“ fragte Fröh verblüfft, und er wäre sehr gerne zu seiner Vase zurückgekehrt.

„Du liebst mich nicht; seitdem wir hier sind, siehst du mich nicht“, wiederholte die Frau und drückte stark seinen Arm.

„Du bist ein Kind“, erwiderte der junge Ehemann und warf einen trostlosen Blick auf eine zweite Vase, auf der rosenfarbige Apfelfrüchte zu sehen waren.

„Gehen wir nach Hause.“

„Gretel“, sprach der Mann schrecklich dumm, „schau dich doch ein wenig an. Siehst du nicht die Vergangenheit, die dort in den alten Lehnstühlen sitzt, durch die niedrigen Türen ein- und ausgeht, die lüchelt, raubt, mordet, die niederträchtig ist, großartig, sündig und heilig.“

„Ich bin nicht dazu hierhergekommen, um das Vergangene zu betrachten, sondern, daß du mich betrachtest. Und anstatt, daß du mich betrachtest, starrst du stundenlang eine schäbige Vase an.“

„Das ist eine schäbige Vase? Weißt du, welchen Wert diese schäbige Vase hat?“

„Einen größeren als ich?“

Fröh begriff die Frau nicht. Er konnte es nicht verstehen, wie man zwei so grundverschiedene Dinge miteinander vergleichen könne.

„Bärst du glücklich, wenn diese Vase dir gehörte, als du darüber glücklich bist, daß ich dir gehöre?“

„Kommt!“ sagte Fröh; er nahm seine Frau unter den Arm und führte sie in den Nachbaraal.

Dieser war ein lieber, intimer Frauenzoo, in ein feines Halbdunkel gehüllt, mit einem großen Spiegel, vielen Rippstufen. Sie waren allein. Gretel glaubte, ihr Gatte werde sie jetzt küssen, und alles wird wieder gut sein. Sie standen eine Weile in der Mitte des Saales, schauten nach rechts und links, zur Decke empor, auf die marmornen Wände, und plötzlich drückte der Mann tatsächlich ihren Arm an sich und zog sie in eine Ecke.

Diese leidenschaftliche Geste, dieser kleine Taumel war sehr gut, und Gretel schloß schon die Augen, wie sie es immer tat, wenn sie einen Kuß bekam.

„Du“, sprach fiebernd der Gemahl, „also ist das nicht wunderbar?“

Gretel blinnte auf.

Vor ihren Augen erhob sich in sonniger, rosiger Pracht eine herrliche, schlanke japanische Vase. Ihr Gatte verschlang sie mit den Augen, er atmete die daraus gemalte Luft, sog den darauf gemalten Duft ein, und er bemerkte nicht, daß er die arme kleine Frau bis in den Staub erniedrigt hat, und daß der armen kleinen Frau zwei Tränen über die Wangen rollen.

II.

„Howard, du gähnst?“ fragte die zweite unglückliche Frau erschrocken ihren Gatten.

Diese Frau war in Spitzen gehüllt, sie trug weiße Schuhe, auf ihrer unbeschuhten Hand blühten Edelsteine, ihr Gesicht war sanft, länglich, fein.

Howard hatte ein römisches Profil, und er trug ein Monokel. Alle fünf Minuten gähnte er.

Dieses Gähnen stach der Frau ins Herz. Ihr Gatte gähnt, während sie in Extase ist. Ihr Gatte gähnt, wenn vom Himmel Tiepols liebliche Engel auf die herabbläuen; wenn von verbläuter Seide verschönerter Drachen ihr entgegenstarren, wenn ihre Finger über alte Brokate gleiten.

Es war etwas Sonderbares, etwas Unverständliches, Fremdes, daß jemand zu solcher Zeit gähnen soll.

„Howard“, sprach die Frau mit sanfter Stimme, „dieses Bild hat Palma gemalt.“

„Palma?“ erwiderte Howard, „der hat verstanden zu malen, wie? Schöne Schultern hat diese Frau. Obwohl mir dieses Gemälde hier besser gefällt.“

Die Frau zuckte zusammen.

„Diese Pinsel?“

„Warum sollte das eine Pinsel sein? Bild bleibt Bild!“

Die Frau blieb stehen. Wieder stach ihr etwas ins Herz. Dieser Mann, dieser Mann, — sie wagte nicht, es zu Ende zu denken. Ein Mann, den sie anbetet, den sie küßt, dieser Mann sagt: „Bild bleibt Bild.“

Howard gähnte wieder.

„Run“, meinte er dann mit bewunderungswürdiger Bornehmlichkeit, „sollten wir nicht gehen?“

„Du langweilst dich hier, in der Gesellschaft der Katharina Carnaro?“ fragte die Frau leise schluchzend.

„Katharina Carnaro? Sie scheint momentan nicht zu Hause zu sein.“

„Howard!“ schrie die Frau, „Katharina ist doch, oh, du dummer Mensch, dort an der Wand; jene schöne Frau!“

Howard erröte ein wenig.

„Weißt du was, Gladys, gehen wir. Mich machen diese Bilder, diese Steine und Eisen blöd. Ich vertraue mich nicht zu sprechen, denn wenn ich spreche, bist du der Verzweiflung nahe. Und sie machen mich schläfrig. Ich habe dann das Gefühl, daß ich fremd bin unter ihnen. Du vertieft dich in den Anblick eines zerbrochenen Türschlüssels, während ich an ihm nicht anderes sehe, als daß er rostig ist.“

„Sprich nicht so“, bat Gladys. „Schau dir diesen Stuhl an, auf diesem hat einst der Doge Vendramin gesessen.“

„Wißt du, daß ich dir einen solchen kaufe? Er ist ziemlich bequem.“

„Dich interessiert an ihm nur, daß er bequem ist? Schweig, Howard, schweig! Fühlst du nicht, daß dieser Mensch, in diesem Stuhl hier sitzend, seine Pläne gesponnen hat, hier überlegt, hier seine Entschlüsse gefaßt hat...“

„Was kümmert das mich! Gehen wir nach Hause. Ich habe Hunger.“

Alfons Paquet: Der Haushalt bei Goethes

Zwischen zwanzig und dreißig, während ihr Wollgang blühend auswärts, Cornelia neben ihm eher ein verschlossenes, herbes und störrisches Kinderleben führt, hat Elisabeth Goethe das Schicksal der jungen Frauen jener Zeit abzumachen. Sieben Schwangerschaften nacheinander. Ein Wunder, daß sie daran nicht verkrüppelt oder zerbricht. Vier von ihren Kindern sterben im zarten Alter. Eines, 1756, kommt tot zur Welt. Sie bleibt die schöne, heitere Frau, gesund, unverwundlich. Wählt sich als Dreißigjährige auf dem später berühmten gewordenen Familienbild von Gevatter Seelke malen. In einer idealisierenden Landschaft vor drei bewachsenen griechischen Säulen mit Urne sitzt sie als Kokotodame mit Schächerhut und hoher Taille, wollendem Schultertuch und wallenden Röcken, mit einem Gesicht wie beim Photographen. Neben ihr steht in Kniehosen und leinenen Pumphosen der Herr Gemahl in Schächertracht. Er hat die rechte Hand in die aufgetriebene seidene Tasche gesteckt, die andere in die Seite gesteckt. Er hält den Kopf ein wenig vorgebeugt, mit einem Gesicht, als habe er eine Meldung zu machen, käme aber in der Erzählung nicht weiter. Die ganze Familie scheint auf eine Kutsche zu warten, die nicht kommt. Ein paar Schritte hinter dem Vater steht der Knabe Wolfgang, er bindet ein rotes Band um ein Lämmchen; daneben seine Schwester, die in aufrechter Haltung halb als Puppe, halb als Dame erscheint. Und ziemlich weit im Hintergrund sieht man als Genien die verstorbenen Kinder, man kann nicht genau erkennen, wie viele. Auf der anderen Seite in der Ferne ist eine dekorative Stadt mit Turm und Brücke in klassizistischen Formen, vorn liegen ein paar Schafe. Das Ganze ist recht im Geschmack damaliger Zeit, nicht ohne Feinheit und Schule in der Malerei der Stoffe und der Blume, von wirklicher Kunst in der Perspektive. Aber sich wie Lortie.

Im jenseitigen Willen, wie auf diesem hochgelegenen, ein wenig tonischen Bilde — so steht der Vater Goethe in der Familie. Stattlich, steif, mit einem würdigen Ernst, dem die wohlwollend ermahnen Töne am besten liegen, dieser „Vater-Lon“, der dem empfindlichen, etwas fahigen Sohn und die eigenwillig-launische, dabei vom Vater innigst geliebte Tochter zuweisen aufs tiefste aufbringt und erbittert. Was ist nicht alles gegen den Rat Goethes gesagt worden, gegen seine rauchfleischshyde Art, gegen seine Anwesenheit und Grämlichkeit, gegen seine Pedanterie. Gewiß, er zwingt Frau und Kinder an langen Abenden Bowers zum Gähnen langweilige Geschichte der Päpste zu lesen. Unermüdet müssen Sprachstudien getrieben werden, die jungen Köpfe werden mit theologischem Wissen, mit kleinlicher Naturbeschreibung vollgestopft. Lehrer und Schüler werden unerbittlich kontrolliert. Aber der kleine Wolfgang lernt ja alles spielend, und so sehr ihn dieses Pauten quälend mag, die vielseitige und gründliche Art dieses Unterrichts ist für den regen kindlichen Geist unschätzbar.

Durch einen glücklichen Zufall ist in der Bibliothek Goethes zu Weimar in der dunklen Ecke eines Wandbchrantes neben vergräbten Kaufbriefen und einem eigenhändigen von Friedrich Goethe, Birch im Weidenshof, geschriebenen Dokument, das Haushaltbuch des Herrn Rat Johann Caspar Goethe entdeckt worden. Es ist ein in Pergament gebundenes Buch in Kleinquart. „Liber domesticus“ steht auf der Rückseite. Dieses ganze Buch hat nicht viele seinesgleichen. Es ist von Goethes Vater 26 Jahre lang mit einer wahrhaft imponierenden Mächtigkeitsart eigenhändig geschrieben. Es reicht vom 1. Januar 1753 bis zum 10. September 1779.

Siebzehn Jahre lang, bis 1770, wird der Bericht in lateinischer Sprache geführt, von da an größtenteils in der deutschen. Gewissenhaft sind die Geldausgaben jedes Tages eingetragen, von den Ausgaben für den großen Hausumbau 1755 bis zu der „Generalen Specification“ für die durch die Einquartierung des Großen Thronen entstandenen Bau- und Reparationskosten. Aber auch jedes Tagelohn, jede Meiderbüße ist verzeichnet und dazu geschrieben, wo sie gekauft, woher sie bezogen wird. Auf dem Titel dieses Verzeichnisses heißt es, daß die Ausgaben in dem Buch nicht erscheinen sollen. Aber schon auf der ersten Seite finden wir holländische Käse und eine Fleischerrechnung von 16¼ Gulden über 62½ Pfund Schweinefleisch.

Die zur Messe gemachten reichen Geschenke an die Gattin werden besonders eingeschrieben und nie ohne einen lebenswürdigen Vermerk, zum Beispiel „wegen besonderen Fleisches“, diese Geschenke sind höher. Dazwischen erscheinen goldene Ohrringe, grüne, goldgestülzte Pantoffeln, Spitzen, eine seidene, mit Pelz besetzte Polonaise für 104 Gulden 30, und andere standesgemäße Kleidung für die Frau des Hauses.

Verzeichnet sind auch die Ausgaben für die geselligen und musikalischen Veranstaltungen im Hause, für den von dem alten holländischen Italiener Giovinazzi erteilten Gesangs- und Sprachunterricht, für das Abonnement im Roten Haus auf der Zeil. Für das Virtuosenkonzert der Mozartschen Kinder am 15. August 1763 werden 4 Gulden 7 Kreuzer ausgegeben.

Es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft, um sich nach dieser, mit fast notarieller Treue geführten Urkunde das Leben in dem behaglichen, gut und deftig geführten Bürgerhaus vorzustellen mit allen seinen heiteren und klingenenden Beigaben wie auch mit seinen traurigen und schmerzlichen. Am 1. April 1754 werden die Begräbniskosten der Mutter des Herrn Rat mit der hohen Summe von 514 Gulden 35 Kreuzer eingetragen. Es wird also hier nichts gespart haben, was den Standesvorrechten auf ein pomphaftes Begräbnis mit Himmelwagen, acht Kutschen, sechzehn Nebengängern, zwei Hellebardieren und einem feierlichen Schmaus für die ganze Verwandtschaft samt Anhang entsprach.

Gladys war blaß. Sie war riesig unglücklich und sie schämte sich. „Du verspürst einen Hunger, statt dich zu ergötzen, statt zu genießen; du hast mich betrogen, Howard. Und ich verstehe gar nicht, wie ich dich lieben kann, Howard.“

Sie dachte noch etwas, das magte sie aber nicht laut zu sagen.

Wortlos stiegen sie in die Gondel.

Es war ein herrlicher Sonnenuntergang. Die Paläste schwammen in einem rosigen Meer. Tränen standen einem in den Augen vor Entzücken, und die Gondel glitt alle fünf Minuten durch eine andere Stadt.

„Siehst du auch das nicht?“ fragte schließlich Gladys.

„Was?“ fragte Howard verwundert.

Gladys erwiderte nichts. Wozu auch?

Langsam, in großer Stille fuhr sie nach Hause. Die Frau entzückt und verbittert, der Mann gelangweilt, ungeduldig.

Auch zu Hause sprachen sie nicht viel. Jemandem Rebel sentte sich zwischen beide.

Plötzlich umarmte Howard seine Frau und küßte sie auf den Mund.

Gladys küßte ihn zurück und sie begann zu schluchzen. Und sie weinte und küßte ihn. Weil sie nicht verstehen konnte, wie sie diesen Menschen lieben kann, und sich schämte, daß sie ihn liebt, und unglücklich war, daß sie ihn liebt, — und sie weinte und küßte ihn.

(Eingig aufgeführte Uebersetzung aus dem Ungarischen von Maurus Regel.)

Am 17. August desselben Jahres wird eine Amme für das zu erwartende Kind gemietet. Am 14. September werden die Kosten der Entbindung mit 15 Gulden 20 Kreuzer verzeichnet. 1755 bekommt die kleine Katharina den ersten Zahn. Die Eintragungen bestätigen einen Bericht, daß Goethes junge Mutter nicht instande gewesen sei, ihre Kinder selbst zu nähren.

Michelangelos Amme war die Frau eines Steinmehrs; es wäre nicht uninteressant zu wissen, von wessen Milch der kleine Wolfgang getrunken, da er besser als alle seine Geschwister gedieh und der einzige war, der die volle Lebenskraft der Eltern erbt.

In den Jahren, als Wolfgang in Leipzig und Straßburg studierte, berichten die Eintragungen auch die daraus entstandenen Ausgaben. Der Sohn bezog einen recht anständigen Monatswechsel. Es waren 100 Gulden. Die verschiedenen Reisen und die von Wolfgang seinen Freunden veranstalteten Triern gehen als Extraleistungen.

Jahrzehntelang wird das Hausbuch gewissenhaft geführt. Patrierzmäßig kann man diese Gewissenhaftigkeit nicht gerade nennen, sie erscheint schließlich als eine speibürgerliche, aus ursprünglich engen Verhältnissen stammende Eigenschaft und wird es immer mehr.

Die Genauigkeit, die Knauerei des Vaters in Geldsachen hatte allmählich im Verhältnis zwischen Vater und Sohn zu einem höchst unerfreulichen Zustand geführt. Dem Sohn erschien seine Zukunft ungesichert. Die Rolle des knapp gehaltenen Haushofnes beehrte ihn nicht auf die Dauer. Er, der einzige Erbe, der weltberühmte Dichter des „Werther“, an dem die Nachdrucker sich bereicherten, war auf ein langes Monatsgehalt angewiesen. Selbst in Weimar ließ ihn der Vater in Geldverlegenheit, werd mußte mit einem Darlehen ausbleiben.

Da bringt nun das große Ereignis im September 1770 das väterliche Haushaltbuch gänzlich zum Stillstand. Seit 1755 war Johann Wolfgang in Weimar. In seinem 30. Geburtsstag wird der Doktor Goethe dort zum Geheimen Rat ernannt. Noch vorher, am 9. August, kündigt er der Mutter sich und den Herzog zum Besuch im Elternhause an: „Rein Belangen, Sie einmal wiederzusehen, war bisher immer durch Umstände ... gemäßig. Nunmehr aber kann sich eine Gelegenheit finden ...“ und nun fügt er Ratsschläge über Bett und Kost hinzu: „Der Herzog schläft auf einem sauberen Strohsack, worüber ein schön Leintuch gebreitet ist, unter einer leichten Decke. Für mich oben in meiner Wohnung auch ein Strohsack pp. wie der Herzog. Essen macht Ihr Mittags vier Essen (Gänge), nicht mehr noch weniger. Rein Besuch, sondern Eure bürgerlichen Kunststück aufs beste.“

Die Gäste kommen, wie angefragt, nach Frankfurt. Frau Rat schwimmt in Stolz und Wonne, den Vater bringt das große Ereignis außer Fassung. Seine Eintragungen in das Haushaltbuch hören auf, acht Tage, ehe der Sohn mit dem hochgestellten Freunde in das Haus am Hirschgraben einkehrt. Hier lobte er Wolfgang sehr gewesen. Es ist, als ob es dem 69jährigen alten Herrn nach dem glanzvollen Besuch ein vergebliches Unterfangen bliebe, dem Lauf der Dinge mit der gewohnten Schreiberei zu folgen.

Rizinusöl gefällig?

Das so heilsame und manchmal so notwendige Rizinusöl einzunehmen, bedeutet für die meisten Menschen den Schrecken der Schrecken. Aber es gibt eine Methode, durch die man jeden Brechreiz und all die Unannehmlichkeiten vermeidet, die sich sonst so leicht bei dem „Genuß“ dieses Medikamentes einstellen. Der berühmte Kliniker Kaunyn hat einmal gesagt, es gehöre dazu ein Handbuch, eine lange Rede und schließlich auch das Rizinusöl. Durch die Rede mußte man dem Patienten klar machen, daß man das Öl nur dann schmecke, wenn es mit der Zungenspitze in Berührung komme, daß es dagegen sonst im Munde nicht empfunden werde. Diese weise Erkenntnis macht auch Prof. Sachs in der „Therapie der Gegenwart“ zur Grundlage seiner beherzigenswerten Ratsschläge. Danach soll man das angewärmte Öl aus einem auf der Unterseite gut trockenen Schlüssel tief in den Mund hineinstecken und den Einnehmenden dann sofort mit dem bereitgehaltenen Handbuch die Lippen fest und nachdrücklich abwischen lassen. Die meisten Menschen ledern sich nämlich ganz unbewußt die Lippen ab und bringen dadurch noch die Zungenspitze mit dem Öl in Berührung. Das wird vermieden, wenn die Lippen vorher abgerieben sind. Stört schon der Geruch des Oels, so soll man sich beim Einnehmen die Nase halten. Diese Methode ist nach den Erfahrungen von Prof. Sachs die weitaus beste und übertrifft alle Versuche, durch noch nicht wirkliche Geschmacksverbesserungen das Einnehmen erleichtern zu wollen.

Die Adamiten, eine religiöse Sekte, die die völlige Nacktheit propagiert und pflegt, haben ihre Vorläufer schon im zweiten und dritten Jahrhundert, damals gab es in Nordafrika eine griechische Sekte dieses Namens, deren Anhänger sich nackt versammelten. Im 15. Jahrhundert fanden sie dann, besonders in Böhmen, weite Verbreitung, wo ein Bauer, namens Rittas, sie begründete. Dort zündeten sich die Sellen dadurch aus, daß sie den Kommunismus einführten und die Frauen als Allgemeinvermögen erklärten. Sie schloß sich auf einer kleinen Insel im Fluße Luchritz fest und bildeten hier ihren Sonderstaat, bis Jiska die Insel eroberte und viele Mitglieder dieses seltsamen Gemeinwehens tötete.

Das Wort „Djama“ kommt aus dem Hindostanischen und bedeutet „Beimbedeckung“.

